

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

63 (5.3.1921) Erstes und Zweites Blatt

Im Jahres von 1848 das napoleonische Kaiserreich wieder erkand, so in der zuversichtlichen Erwartung, daß es dem Napoleoniden gelingen werde, den Rhein wieder zu einem französischen Strom zu machen. Unter keinen Umständen durfte ein deutscher Nationalstaat entstehen. Den Tag von Königgrätz, der die Grundlage zu diesem Reich, empfanden die Franzosen wie ein zweites, womöglich noch schlimmeres Waterloo! Da Napoleon weder Mainz, noch auch nur Luxemburg von Bismarck erobern konnte und ihm auch Belgien entging, mußte er, wollte er den Thron an der Seine nicht verlieren, die Kanonen lösen.

Nach Poincaré wäre es freilich die Fälschung der Emser Depesche durch Bismarck gewesen, die den französisch-deutschen Krieg entfesselt hätte. Die Emser Depesche! Eine solche Urkunde, die Bismarck hätte fälschen können hat es überhaupt nicht gegeben. Unter „Emser Depesche“ ist zu verstehen: die amtliche Mitteilung Abelsens, der als Vortragender Rat beim König Wilhelm in Ems verweilte, während Benedetti den greisen Monarchen in ungehöriger Weise bedrängte. König Wilhelm stellte es Bismarck anheim, ob er es für ratsam erachte, die Abfertigung des französischen Botschafters mit seiner ehrenrührigen Forderung durch die Presse und die Gesandtschaften bekanntzugeben. Dies und nichts Anderes hat Bismarck getan, und zwar mit dem Vorworte der „Depesche“. Derart hat er freilich die Ohrfeige, die die Franzosen Preußen-Deutschland in der Person König Wilhelms zugebracht hatten, indem er sie parierte, auf ihre eigene Wange zurückprallen lassen. Wenn sie infolge dessen vom Leder zogen, so offenbar, weil sie es nicht erwarten konnten, das Schwert mit jenem Preußen zu kreuzen, das im Begriffe stand, den deutschen Nationalstaat aufzurichten. Sie waren dabei ihres Sieges so gewiß, daß sie nur einen „Spaziergang“ nach Berlin zu unternehmen wählten. Statt dessen kam Sedan. Dagegen Frankreich völlig am Boden lag, hat Bismarck nichts ferner gelehrt, als es zu vernichten. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte er es bei der Sprachgrenze bewenden lassen. Mehr hat er nur auf Drängen Moltkes genommen und weil Deutschland darauf gefaßt sein mußte, daß die Franzosen unter allen Umständen nur auf einen günstigen Augenblick warten würden, den Kampf wieder aufzunehmen.

Die unverfälschte Behauptung Poincarés, daß es bis zum Ausbruch des letzten Krieges keinen französischen Staatsmann gegeben habe, der auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens mit dem Schwerte bedacht gewesen sei, ist der Wahrheit so diametral entgegen, daß es vielmehr in Paris keinen am Ruder gegebenen hat, der gewagt hätte, den Frankfurter Frieden als einen endgültigen hinzunehmen, in Deutschlands Friedenshand einzuschlagen.

Um die ungeheuerliche Gesichtsfälschung, um nicht zu sagen Verlogenheit des französischen Präsidenten ins volle Licht zu stellen, braucht man nur Bismarck nachzulesen. Er war die bewährte Reichstagsrede vom 11. Januar 1887. Der historische Prolog, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebte, führte der „eisernen“ Kanzler aus, sei noch nicht beendet, wir müßten darauf vorbereitet sein, daß er von französischer Seite fortgesetzt werde. „Das es schon“, fragte er, „irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen, öffentlich und bedingungslos zu sagen: Wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen; wir werden darum nicht Krieg führen, wir akzeptieren die Situation des Frankfurter Friedens, gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 akzeptiert haben, und wir beschließen, keinen Krieg wegen Elsaß zu führen.“ Bismarck zweifelte nicht, daß die Franzosen, sobald sie glaubten, siegen zu können, den Krieg anfangen würden. Allein darum wollte er unter keinen Umständen einen sogenannten Präventivkrieg, Deutschland, so konnte er nicht oft und nachdrücklich genug wiederholen, werde nie zum Angriff auf Frankreich übergehen. Seine Rüstung sollte nur dazu dienen, Frankreichs Schwert in der Scheide zu behalten. Dies waren wahrlich keine

leeren Worte. „Wir haben“, durfte er damals (1887) rufen, „in den letzten 16 Jahren — 1871 entstand ein ganz falscher Kriegslärm, das Ergebnis einer fälschlich aufgebaute Intrigue — nie die Absicht gehabt, Frankreich anzugreifen, in den ganzen 16 Jahren auch nicht einen Augenblick; es ist eine elende Lüge gewesen, bei der fremde Intriquanten (eine Anspielung auf den russischen Reichszkanzler Gortischakow und den französischen Gesandten in Berlin) tätig waren, daß wir jemals die Absicht gehabt hätten.“ Nicht anders hat es Bismarck bis zuletzt gehalten. Die Schändelkaffäre, die Poincaré anzicht als Beweis dafür, wie Deutschland ständig darauf aus gewesen sei, einen Kriegszustand zu provozieren, ist vielmehr genau umgekehrt ein schlagender Beleg dafür, wie Bismarck darauf bedacht gewesen ist, einem solchen vorzubeugen. Der überläufige französische Spion an der lothringischen Grenze, war von den deutschen Grenzwächtern auf deutschen Boden gelockt und hier gefangen worden. Die Pariser mit ihrem Parageneral Boulanger an der Spitze, heulten ordentlich nach Krieg. Der deutsche Kanzler indes ließ den famosen Schnäbel wieder lausen und nahm das herausfordernde Kriegsgeschrei der Pariser als non avenu an. „Der Kaiser“, rechtfertigte der Mann von Blut und Eisen diese Nachgiebigkeit vor der deutschen Volksvertretung, „gibt nach“.

So Bismarck. Während der 24 Jahre nach seiner Entlassung ist es Frankreich gegenüber nicht anders gehalten worden. Volle 43 Jahre hat es Deutschland fertig gebracht, mit Frankreich im Friedenshand zu beharren. „Langer und Agadir!“ — rief Poincaré dazwischen, um Frankreichs Friedfertigkeit zu beweisen. Nun denn, Frankreich laßt das Kariertum Marokko, das Bunderland zwischen dem mittelländischen Meer und dem atlantischen Ozean, ein, als wäre es ein Stück Risse, und droht, mit England und Rußland zur Seite, als Deutschland auch nur seine Handelsinteressen dabeilibt zu wahren sucht, mit Krieg! Kaum daß man sich infolge weitestgehender Nachgiebigkeit notwendig vergleichen hat, legt es sich, indem seine Bataillone in Fes einmarschieren, über den betreffenden Vertrag hinweg. Auch dieses hat sich Deutschland bieten lassen, ohne das Schwert zu ziehen. Und es wäre Deutschland gewesen, das in Anknüpfung an die Marokkoffäre, Frankreich herausgefordert hätte!

Daß Bismarck für den Fall, daß es Frankreich auf einen neuen Krieg mit Deutschland ankommen lassen sollte, das „saigner à blanc“ (bis zur Verblutung) in Aussicht gestellt hat, ist richtig. Hier hat Poincaré einmal ein wahres Wort angezogen. Der deutsche Reichszkanzler aber hat (in der erwähnten Rede vom 11. 1. 1887) die so verhängliche französische Wendung gebraucht, um zugleich die Franzosen und seine Deutschen von einem erneuten Waffenangelegenheiten abzuschrecken; der deutsche Reichstags, den er um eine Verstärkung des Heeres anging, sollte bedenken, daß, falls die Franzosen obliegen, Deutschland nur zu sicher ihr „saigner à blanc“ zu gemäßen haben werde; zugleich sollten die Franzosen wissen, daß es, im Falle Frankreich wieder am Boden liege, ihnen nicht anders ergehen werde, daß sie eine solche Großmut wie 1871 von seiten Deutschlands nicht zum zweiten Mal ermarzen dürften. Und so hat das furchtbare Wort Bismarcks nur dazu gedient, die Schwert in der Scheide zurückzuhalten. Poincaré aber zieht es an, um zu beweisen, daß Deutschland seit 1871 wie ein blutiger Tiger auf der Lauer gelegen habe, um Frankreich unverzüglich zu überfallen und bis auf den letzten Unverbleib auszusaugen.

Kein Schatzspeicherer Herr könnte die Wahrheit mehr auf den Kopf stellen, als es der so gefeierte, auf den Schild gehobene französische Kriegspräsident für gut befindet. Die Wahrheit ist einfach: Obgleich die deutschen Staatskanzler, mit Kaiser Wilhelm II. an der Spitze bis zum letzten Augenblick (Ende Juli 1914) das Erdentische aufgeben haben, um dem Kriege mit Rußland und Frankreich, Englands zu geschweigen und damit der europäischen Katastrophe vorzubeugen. Es ist ihnen das nicht geglikt, weil das

zarische Rußland, von den Panlawisten angegriffen, gemeinsame Sache mit jenem Serbien machte, das ihm als Sturmbod dazu dienen sollte, die habsburgische Donaumonarchie zu zerschmettern und die griechisch-katholische Fahne des heiligen Moskwa an Stelle des mohamedanischen Halbmonds auf der Mutterkränze der „Sagja Ischia“ zu Konstantinopel zu hissen und damit endlich den Traum zu verwirklichen, den Katharina II. schon so demonstrativ gehegt hat, daß sie ihren zweiten Enkel Konstantin zu benannte und bei seiner Taufe eine entsprechende Medaille hat prägen lassen. Das wagte Rußland nur infolge seines Bündnisses mit Frankreich und der Mitwirkung jenes England, das seine Weltflotte in der Nordsee bereit hielt, um die junge deutsche Kriegsmarine in den Grund zu bohren, womöglich noch bevor die Kriegserklärung erfolgt wäre.

Wozu ist Poincaré in den entscheidenden Tagen höchstselbst an die Dena geeilt, wenn nicht um Rußland, dessen im Kriegslager versammeltes Heer er als das Herz Rußlands begrüßte, die französische Waffenhilfe in Aussicht zu stellen? und so in seinem kriegerischen Geiste zu bestärken! Daß die russische Mobilmachung auch an der deutschen Grenze der Kriegserklärung an Deutschland gleichsam, ist durch einen zarischen Ukas beurkundet.

Vergeßlich hat man von Berlin aus in Petersburg zu bedenken gegeben, daß die russische Mobilmachung die deutsche unabwehrbar zur Folge haben müsse und daß, wenn diese erfolge, der Kriegszustand gegeben sei, vergeblich sogar versucht, den Zaren zu bewegen, die angeordnete, russische Mobilmachung rückgängig zu machen. Erst, als es trotzdem bei der russischen, allgemeinen Mobilmachung verblieb, ist die deutsche erfolgt. Damit war der Kriegszustand zwischen Rußland und Deutschland gegeben. Alle Verträge, den Friedenszustand wenigstens im Westen zu erhalten, sollten ebenfalls scheitern. Selbst die Versicherung an England, die französische Nordflotte und Handelsflotte unbehelligt lassen zu wollen, und das Angebot, den belgischen Boden nicht zu betreten, hat es nicht über G ren und Aquitain, die Götter an der Themse, zu gewinnen vermocht, daß England neutral blieb. Daß unter solchen Umständen in Paris die Aufforderung, Neutralität zu bewahren, nur mit Hohn beantwortet wurde, war allerdings nicht anders zu erwarten.

Und Deutschland wäre es gewesen, das den Krieg vom Zaune gebrochen, und das nur auf Frieden gerichtete Frankreich jählings überfallen hätte, um es zu vernichten!

Um dies trotz alledem und alledem ad oculos zu dokumentieren“ verweist Poincaré auf die berühmten französischen Flieger über Nürnberg und die angeblichen Grenz-Überschreitungen französischer Patrouillen, die deutschseits „erfunden“ worden wären, um die Kriegserklärung an Frankreich zu rechtfertigen. In allerletzter Stunde hat es sich allerdings darum gehandelt, dem Gegner womöglich „die Schellen“ anzuhängen, wie man dies militärisch heißt und ihn damit des Angriffs zu überführen. Möglich, daß hierzu die französischen Flieger über Nürnberg und Grenzüberschreitungen „erfunden“ worden sind. Wahrscheinlich jedoch sind dabei Falschmeldungen im Spiel gewesen, wie solche in der Aufregung solcher Stunden nur zu erklärlich und verzeihlich sind. Wie es um die fraglichen Vorfälle aus sehen mag — dem geriebenen Anwalt Poincaré dienen sie offensichtlich nur dazu, die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen des Krieges, auf derartige müdenhafte „Mägen“ abzulenken. Schwer gefehlt haben die Staatskanzler an der Spree dadurch, daß sie mit der Kriegserklärung in aller Form, sowohl an Rußland wie an Frankreich vorangegangen sind. Sie haben dies getan, während, daß sie durch solche strenge Einhaltung des „Völkerrechts“, solche Ritterlichkeit — „moralischen“ Gewinn erzielen würden. Es ist in der Tat eine unerwartete Geleite gewesen. Sie haben damit nur den Poincaré und Genossen die erwünschte Handhabe gegeben, Deutschland vor der ganzen Welt als den „Angriffenden“

u. damit als den „Schuldigen“ am Kriegsausbruch zu brandmarken. „Du hast angefangen!“ ruft uns fortan jeder Schulbube zu. Für die blind-urteilende Menge ist damit die Schuldfrage — erledigt gewesen.

So schwer es unter gegebenen Umständen fällt, mit der Wahrheit durchzudringen. Wir dürfen, wollen wir nicht Selbstmord begehen, nicht ablassen, bis es geglikt ist. Dies gilt zumal für unsere Vertreter in der Londoner Konferenz. Wollen sie diesen erneuten Verleumdungsfeldzug des französischen Kriegspräsidenten, des Vorstehers der Gutmachungskommission der Alliierten und eben demonstrativ zum Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Gewählten, unbeachtet lassen? Wer in aller Welt kann sie verhindern, Poincaré die gebührende Antwort zu geben? Durch die Art und Weise, wie er sich in seinen ganzen Reden und Berichten gezeigt hat, hat er es ihnen leicht genug gemacht. Fr. B.

Die Rede Lloyd Georges.

London, 3. März. Die Rede Lloyd Georges in der heutigen Sitzung der Konferenz hatte folgenden Wortlaut: Herr Dr. Simons und meine Herren! Meine Kollegen von der britischen und den alliierten Regierungen haben mich erlucht, in ihrem Namen mich zu der Rede, die Dr. Simons am Dienstag gehalten hat und zu dem Schriftstück, das er anschließend überreichte, zu äußern. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß die von Dr. Simons namens der deutschen Regierung gemachten Darlegungen eine ausgesprochene Herausforderung gegenüber den grundlegenden Bedingungen des Versailles Friedensvertrages darstellen und daß sie dementsprechend behandelt werden müssen. Die Pariser Vorschläge haben, der Linie von Voulogne und Brüssel folgend, eine wesentliche Erleichterung der Gesamtforderung des Vertrages sowohl hinsichtlich der Entwaffnung als auch der Reparation gebracht. Diese Vorschläge sind in nachfolgender Weise gemacht worden, um eine freundschaftliche Regelung mit Deutschland herbeizuführen. Die Gegenanschläge (später des Vertrages). Die Alliierten kommen zu diesem Schlusse, nicht nur aus dem Charakter dieser Gegenanschläge selbst heraus, sondern auch auf Grund der Kenntnisnahme der Reden, die Dr. Simons in Deutschland auf die Pariser Vorschläge hin gehalten hat und auf Grund der Unterstützung, die diesen Reden in der deutschen Presse und im Reichstag zu teil geworden sind. Eine der ernstesten Feststellungen, die er machte, war in der — wenn ich mich recht erinnere — in Stuttgart gehaltenen Rede enthalten, wo er die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg zurückwies. Diese Zurückweisung fand in ganz Deutschland Beifall und kann dabei als Kennzeichen der wahren Haltung Deutschlands dem Friedensvertrage gegenüber angesehen werden. Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig. Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Aufgabe in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offener Unterwürfung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anfeindet. Die Vorschläge, die durch Dr. Simons gemacht worden sind, sind einfach die notwendige Folge aus dieser neuen Haltung.

Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an keine Verpflichtungen herangeführt, sind solche Vorschläge unvermeidlich. Wir wünschen deshalb ein für allemal ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als causa juges behandelt wird. Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 wurde auf die Annahme gegründet, daß Frankreich im Unrecht war. Infolgedessen hat Deutschland nicht nur Reparationen verlangt, sondern auch die Zahlung der gesamten Kriegskosten durch Frankreich. Deutschland würde niemals Frankreich gestatten, jenes

Der „Proletkult“ in Sowjetrußland.

Die unter dem Namen „Proletkult“ (proletarische Kultur) zusammengefaßten Bildungsorganisationen, die in Rußland eine neue Kultur des Proletariats schaffen wollen, behandeln Arthur Schopenhauer in dem Schluß seines Reiseberichtes, den das Märzheft der „Neuen Rundschau“ veröffentlicht. Ihr Vollen erklärt er für völlig phantastisch und utopisch. Aus der Arbeit selbst und der Gemeinschaft der Arbeitenden wollen die Schöpfer des Proletkults die neue Kunst hervorgehen lassen. Ihre Organisation umfaßt zwei Arbeitsgebiete: die proletarische Hochschule und die Werkstätten für proletarische Kunst. Die eritere will die Wissenschaften auf die Aufnahmefähigkeit einer großen, aus Analphabeten ebenso wie aus fortgeschrittenen Schülern sich zusammensetzenden Hörerschaft einstellen. Eine Darstellung der Weisheiten der Wissenschaft, des Zusammenhangs aller Wissensgebiete, insoweit das Schema der Organisation aller Wissenschaft soll gegeben werden. Das so verordnete Auditorium soll insoweit im Schnellzugtempo einen Aufriß der gesamten Wissenschaft vorgeführt bekommen. Darstellung der Theorien und Erörterung des Kommunismus bilden den Kern dieser Vorträge. Wenn also der Hörer, der den Kursus jungfräulichen Geistes betrat, ihn wieder verläßt, nimmt er wohl einen sich bald verflüchtigen Begriff von allen Gebieten menschlicher Erkenntnis mit, aber er geht, und das scheint die Hauptsache zu sein, als festsicherer Kommunist von dannen. Der Lehrer unterrichtet hier als Vorkämpfer einer Versammlung und Leiter der Diskussion, die sich an sein Referat anschließt. Diese Kurse bilden Instruktionen, die organisierte Arbeiter sind und bleiben, die von allen möglichen Vertrieben Rußlands in eines der vielen Zentren des „Proletkults“ gesammelt werden. Sie geben hier ihre Fertigkeit nicht auf, sondern haben sie in der neuen Umgebung weiter zu leisten.

Die Dichter des Proletkults, orthodoxe Marxisten, wollen ihre Kunst als Ausdruck der reinen proletarischen kommunistischen Klassen-

ideologie gestalten. Der Gesang soll aus dem Marschschritt der Soldaten geboren werden oder aus dem rhythmischen Stampfen und Schwingen in der Maschinenhalle einer großen arbeitenden Fabrik. Die dem Gastbauer eigenen oder ähnlichen abgedackten Rhythmus erläutert Volkstümlich mit ein paar Zeilen:

Gleich muß ich in die Fabrik.
Komm, begleite mich ein Stück.
Selt im Land der Burtschj Schweigt,
wird bei uns nicht mehr gestreift.

Man sieht, die Zeiten Verse: „Die Rose, die Lilie, die Taube, die Sonne...“ sind vorüber. Der Volksdichter von Sowjetrußland, Demian Biedn, hat diesen Rhythmus zu großer Wirkung erhoben. Seine Agitationsgedichte sind an den Fronten in Millionen Exemplaren verbreitet; sie fliegen auch, wenn sie sich auf aktuelle Ereignisse der inneren Politik beziehen, an allen Straßenecken der Städte. Der proletarische Dichter verherrlicht den Prolet der Arbeit, und außer dem Arbeiter gehört seine uneingeschränkte Liebe dem Material. Als den wertvollsten Dichter dieser Generation nennt Dostojewski den Michael Gerasimoff.

Im Zentral-Proletkult, in einer früheren Moskauer Progeniwa, sah Volklicher Kletters für Malerei und Kultur der Proletkult. Der einfache Arbeiter soll da ohne Unterweisung von Künstlern in seinen Nebensunden Farbe, Pinsel und Leinwand bekommen, und dann soll er sich zurecht stellen, was er malen will, oder seinen Freund, seine Geliebte auffordern, ihm zu sitzen, und dann in Gottes Namen drauflos. Aber da die Ausstellungen von Werken der modernen Kunst allen zugänglich sind und der unverdorbene Arbeiter in ihnen alle Kapriolen der Expressionisten, Futuristen und Suprematisten nach Herzenslust studieren kann, so wimmelt die Werkstätte des Proletkults auch ohne direkte Künstlerunterweisung von Bildern, die solche Kapriolen mit einem Teller Hering und einer Fischke darstellten, von synthogoretsch als Tangenten mit der Spitze in die Luft an querdurchschnittenen Holzrahmen hingewehen vierfach verknüllten Papierlütten in absoluter

Farbe. Aber auch mancher ehrliche akademische Porträtmaler ist da. Ferner soll der Arbeiter aus dem Material, das er in seiner Fabrik vor sich hat, Kunstwerke schaffen: aus Eisen, Messing oder Holz. Hier ist vielleicht ein Weg zu neuen Formen der Kunstbetätigung.

Theater und Musik.

Eine seltsame Christian-Morgensterns-Uraufführung veranlaßte anlässlich einer Morgenfeier für den Dichter, der jetzt 50 Jahre alt geworden wäre, das Vespärg Schauspielhaus. „Egon und Emilie“ heißt das Familien-drama, das infolge beharrlichen Schwelgens des einen Partners über die Exposition nicht hinauskommt. Die Weisheit dieses verführten Dramas ist etwa: Wo keine Wechselliedern walteten, kann sich kein Bühnenstück entfalten. Emilie muß mit bedauernden Worten an das Publikum die Dreier unverständlicher Dinge verlassen; und da erst erhebt sich Egon aus seinem ehernen Schweißen und enthüllt dem erstaunten Publikum den echt Morgensternschen Erid, wie leicht es sei, ein Drama in 5 Akten bereits im Akme zu erfinden. Womit er sich empfindet. Man kann aus diesem Bühnenstück mit Sicherheit schließen, daß Morgenstern für das Theater, wohl nicht allzu viel übrig gehabt haben dürfte. R.

Kunst und Wissenschaft.

Kunstforschung mit Röntgenstrahlen. Aus Paris ist vor kurzem gemeldet worden, daß es geglikt sei, die Röntgenstrahlen der Kunstexpertise und Kunstgeschichte dienstbar zu machen“, und der französischen Akademie der Wissenschaften sollen Versuche vorgelegt worden sein, durch die „mit Hilfe der X-Strahlen das Alter eines Bildes bestimmt oder in einem kritischen Falle die Frage nach der Authentizität entschieden werden kann“. Zu dieser Nachricht schreibt der hervorragende Kenner, Geh. Rat von Bode, dem „Kunstwanderer“: „Schon bald nach Röntgens Entdeckung kamen findige Bilderverbeiger auf die Idee, ihre Bilder mit Röntgen-

strahlen durchleuchten zu lassen, und machten daraufhin die unglücklichsten Entdeckungen. Die schönsten Namen: Raffael, Rembrandt, Titian usw. waren „deutsch“ zu lesen, oder unter einer Kopie von Dietrich ließ sich „deutsch“ die Malerei von Correggio entdecken usw. Alles Mühsal! Es ist allmählich auch davon still geworden, aber ganz werden sich diese „Entdecker durch Röntgenstrahlen“ doch nicht beruhigen lassen, so wenig das Geschlecht der Entdecker von den Instruktionen auf den Widern, die sie aus Rissen, Schmutzflecken usw. in der Malerei zusammenphantastieren, aussterben wird. Es ist dies „neue Mittel zur sicheren Bestimmung von Kunstwerken“ ein Gegenstück zu dem berühmten „Wünschelröhr“, der den gleichen Zweck erfüllen soll!“

Eine Lehrmittelausstellung in Leipzig. Zur Leipziger Frühjahrsmesse beginnt in Leipzig eine Lehrmittelausstellung im großen Stil, die ein volles Jahr dauern soll. In diesem Zwecke ist Petersstraße 18 ein großes Gebäude gemietet, wo in vier Stockwerken die gesamte deutsche Lehrmittellindustrie zur Schau gestellt wird. Eine derartige Ausstellung wurde das erstmal Ende September in Frankfurt am Main veranstaltet und begegnete in allen Kreisen lebhaftem Interesse; nicht nur Handelskreise, sondern auch Behörden und Schulen zogen aus dieser Veranstaltung großen Nutzen. Moderne Apparate, besonders aus dem Gebiete der Projektion, werden im Betriebe vorgezeigt. Die Leipziger Ausstellung wird einen guten Überblick über die in deutschen Schulen und Hochschulen gebrauchten Lehrmittel geben. Dr. St.

Personalien. Für das Buch der neueren Geschichte hat sich in Heidelberg Dr. Gerhard Ritter mit einer Schrift „Studien zur Späthistorie“, Dr. Ritter, der aus Soden a. d. Weira gebürtig ist, ist Schüler von S. Oden (Heidelberg), wo er auch mit einer Dissertation „Die preußischen Konfessionsritter im Zeitraum an höheren Schulen tätig, auf der Oberlehrer in Magdeburg. Seit 1919 ist er im Amt der Heidelberg Akademie der Wissenschaften mit der Abfassung einer mehrbändigen Geschichte der Universität Heidelberg beschäftigt. Sein Hauptarbeitsgebiet ist neuere Geschichte, insbesondere Geistesgeschichte und Wissenschaftsgeschichte.

Artikel anzusehen, und wir müssen darauf bestehen, daß das Urteil des jetzt vergangenen Krieges, das sich auf die erklärte Zustimmung fast der gesamten zivilisierten Welt stützen konnte, revidiert wird. Bis Deutschland diese Lage der Dinge annimmt, wird diese Konferenz vergeblich sein. Die genaue Prüfung der in Deutschland gehaltenen Reden und der in der deutschen Presse erscheinenden Artikel hat mich wider Willen, sehr wider Willen, zu dem Schluß getrieben, daß Deutschland nicht im geringsten den wahren Charakter der an dasselbe gerichteten Forderungen erfährt. Ich verfolge dies sehr genau. Die deutsche Bevölkerung sieht unter dem Eindruck, daß unsere Forderungen eine unerträgliche Bedrückung darstellen und bestimmt sind, ihr großes Land zu zerstören und ihr großes Volk zu vernichten. Lassen Sie mich von vornherein sagen, daß wir ein freies, zufriedenes und gedeihendes Deutschland als wesentlich für die Zivilisation ansehen und daß wir ein unzufriedenes und verfallenes Deutschland für eine Bedrohung und Gefahr für die europäische Zivilisation ansehen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu unterdrücken. Wir haben auch nicht den Wunsch, dem deutschen Volk Anrecht auf Aufhebung der Verträge einzufachen, daß Deutschland seine Verpflichtungen einlöse, die es zur Reparation der Schäden auf sich genommen hat, die durch den Krieg verursacht sind und für dessen Herausforderung keine föderale Regierung verantwortlich war. Im Frankfurter Vertrag legte Deutschland den Grundfakt fest und handelte danach, daß die Nation, welche für die Herausforderung zu dem Kriege verantwortlich war, die Kosten des Krieges zu zahlen hätte. Wir verlangen nicht die Kosten des Krieges, nicht einen Großen. Wir gehen nicht soweit, wie der Grundfakt des Frankfurter Vertrages. Die Kriegskosten der alliierten Länder insgesamt sind so ungeheuer, daß es ganz unmöglich sein würde, von irgend einem einzelnen Lande ihre Tragung zu verlangen. Das vornehmste Anliegen ist uns in der Tat und das müssen wir uns stets vergegenwärtigen: Wir alle müssen unter der Last von Steuern, zur Begleichung von Schulden, die wir eingegangen sind, um in diesem Kriege zu verteidigen. Sie sämtlich einem Lande aufzubürden darüber sind wir uns völlig klar, würde ein unmöglicher Vorstoß sein. Wir haben daher mit Bedacht im Versailler Vertrage von Deutschland nicht verlangt, eine einzige Papiermark für die Kosten zu bezahlen, die die alliierten Länder bei ihrer Verteidigung in diesem Kriege auf sich genommen haben. Was haben wir denn von Deutschland verlangt? Ich meine, es ist wichtig, daß die deutsche Öffentlichkeit durch den Charakter unserer Forderung verstanden, denn ich bin sicher, daß sie nicht richtig einsehend.

Wir haben einfach darauf bestanden, daß Deutschland Reparation leisten soll im Hinblick auf die Kosten, die jedem unserer Länder durch Schäden an Leib und Leben der Einwohner auferlegt worden sind. Wir haben nicht mehr verlangt, wir können nicht weniger verlangen. Es handelt sich nicht um eingebildete Liebel, sondern um Unbillen, deren Reparation in diesem Augenblicke den Völkern der alliierten Länder eine erdrückende Last auferlegt. Nehmen Sie Frankreich! Frankreich muß sich dieses Jahr in seinem Budget auf eine Ausgabe von 12 Milliarden zur Wiederherstellung seiner vernichteten Gebiete einrichten. Dies ist unabhängig von der gigantischen Summe, die es für Pensionen vorziehen muß. Die Regelung wird Jahr für Jahr für mindestens 10 Jahre getroffen werden müssen. Was für eine Last gibt es im deutschen Budget, die hiermit zu vergleichen wäre? Ich bin gewiss, daß das deutsche Volk keine Ahnung von der Vermittlung hat, die in den alliierten Ländern als eine Folge der Durchführung der föderalen Regierung im August 1914 angeordnet worden ist. Im Hinblick auf die nicht abzuschätzende Wichtigkeit, zu einer wirklichen Verständigung zu kommen, halte ich es für wesentlich, daß die deutsche Öffentlichkeit über den Charakter und die Ausdehnung der angeordneten Verpflichtungen unterrichtet wird. Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß sie, wenn sie sich ihrer bewußt wird, ihre Sinnenart ändern wird. Sie steht unter dem Eindruck, daß für die Alliierten Geld über ihren Bedarf hinaus zu entnehmen suchen, und ich bin völlig sicher, daß sie nicht die geringste Kenntnis hat von der Ausdehnung der Verpflichtungen, die durch den Krieg in den alliierten Ländern verursacht worden sind. Ich will einige Zahlen anführen, die die Ausdehnung der verursachten Schäden angeben. In Frankreich sind fast 2.000 Fabriken zerstört worden. Die Bergwerke in Nordfrankreich sind zerstört worden und man wird 10 Jahre oder mehr brauchen, sie wiederherzustellen. Sämtliche Fabriken der Metallindustrie, der elektrischen und der Maschinenindustrie sind völlig vernichtet. 4000 Textilfabriken, 4000 Nahrungsmittelfabriken sind zerstört oder ihrer Einrichtungen beraubt worden, die entweder nach Deutschland verbracht oder an Ort und Stelle zerstört worden sind. 1650 Gemeinden und Flecken sind vollkommen zerstört worden. Von 707 Flecken sind 7/8 zerstört worden. Von 1656 Gemeinden sind wenigstens 50 Prozent zerstört, 819 289 Häuser sind völlig und 213 675 Häuser teilweise zerstört worden. Das macht 630 000 Häuser entweder völlig oder teilweise zerstört, 20 608 Fabriken sind zerstört worden. Eisenbahnen, fast 5000 Brücken, 520 000 Kilometer Straßen, 3 800 000 Hektar Land müssen in ihren früheren Zustand wiederhergestellt werden, davon 1 740 000 Hektar bebautes Land. Die Verringerung der gesamten Kohlenförderung Frankreichs beträgt 50 Prozent, 21 Millionen Tonnen hat 42 Millionen Tonnen. Diese Differenz als Minimum. Ich habe die zerstörten Gebiete ziemlich von einem Ende zum anderen durchzogen und es ist geradezu entsetzlich. Der Boden selbst ist umgewühlt und zerstört. Ein großer Teil dieser Zerstörungen wurde durch Beschädigungen und Kriegshandlungen herbeigeführt. Aber ein unglaublicher Betrag von Schäden wurde mit Vorbedacht herbeigeführt in der Absicht, wesentliche Produktionsmittel zu zerstören. Dies gilt sowohl für Frankreich, wie für Belgien. Nach den Worten des Generals Bristow auf der ersten Versammlung der deutschen wirtschaftlichen Mission für Belgien am 19. Juli 1915 über das Ziel, daß Belgiens sich erhaltende Industrie der deutschen Industrie keinen Abbruch tue. Es wurden deshalb große Fabri-

ken mutwillig zerstört, die Maschinen zerstört, manchmal wesentliche komplizierte Teile des Mechanismus entfernt, deren Wiederherstellung lange Zeit dauern würde, Brücken, feste Fundamente und Hochöfen durch Dynamitapparate und durch Explosionsgas zerstört, um die französischen und belgischen Industrien zu verkrüppeln und es ihnen unmöglich zu machen, mit der deutschen Industrie nach Kriegsende in Wettbewerb zu treten. Ich kann der deutschen Delegation mit einer großen Zahl derartiger Fälle dienen. Es ist eine sehr umfangreiche Gattung von Fällen vorhanden, in denen Maschinen und Einrichtungen abgedrosselt wurden, um Deutschland mit Metall zu versorgen.

Wäre die deutsche Regierung hergekommen mit einem Vorschlag, der den aufrichtigen Wunsch bezeugte, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so würden wir ihn mit Gerechtigkeit und größter Geduld in Erwägung gezogen haben. Wenn sie gesagt hätte, 42 Jahre sind eine so lange Zeit, wenn sie gesagt hätte, eine Abgabe von 12 Prozent auf unsere Anfuhr ist nicht die beste Methode, unseren Verpflichtungen nachzukommen und den Vertrag festzustellen, den Deutschland in einem gegebenen Moment zu zahlen fähig ist, wir haben andere Wege, die uns besser passen, aber ebenso zu Ziele führen, dann hätten wir uns mit der deutschen Abordnung an diesen Verhandlungstisch gesetzt, um ganz ehrlich alle Gegenstände zu prüfen mit der Absicht, zu einer vernünftigen Einigung zu kommen. Wir waren bereit, alle berechtigten Zugeständnisse zu machen für die wirklichen Schwierigkeiten, unter denen das deutsche Volk und alle anderen in Folge des Krieges leiden. Aber diese Vorschläge sind offen gesagt, beleidigend und erbitternd. Und als ein Mann der eifrig darnach strebt, den wahren Frieden in Europa zwischen allen seinen Völkern wiederhergestellt zu sehen, beschle ich aufrichtig, daß solche Vorschläge überhaupt vorgebracht worden sind; denn sie zeigen den Wunsch, die Verpflichtungen die Deutschland zur Last fallen, nicht zu erfüllen, Verpflichtungen, die weit zurückliegen hinter denen, die wir nach dem Vorbild, das es selbst 1871 aufgestellt hat, hätten auferlegen können.

Hätte die deutsche Regierung dem deutschen Volke Steuern auferlegt, vergleichbar mit den Steuern in den alliierten Ländern, so würde sie uns gegenüber im Verhandlungstisch in einer besseren Lage gewesen sein; aber auch hier bestehen die Befürchtungen, besser wegzukommen als die Sieger. Die deutsche Schuld, nominell hoch, ist noch nicht einmal so schwer im Verhältnis zur Bevölkerung wie die von Großbritannien. England hat während des Krieges 3 Milliarden als Steuern erhoben, um die Kosten für die Fortführung des Krieges aufzubringen. Deutschland hat keine solchen Anstrengungen gemacht. Heute ist die anscheinend riesenhafte Schuld fast bis zu dem Betrage seiner Vorkriegsschulden verringert worden durch die fortwährende Verschlechterung seines Geldwertes. Es hat auf dem Papiere sehr schwere direkte Steuern auf den Besitz gelegt, aber jedermann weiß, daß sie nicht voll eingezogen werden. Seine indirekten Steuern, und dies sind die Steuern, die die Masse des Volkes trägt, sind ziemlich niedrig, verglichen mit Großbritannien. Daß Deutschland seine Steuern nicht auf die gleiche Stufe mit denen in den alliierten Ländern gebracht hat, bedeutet an sich eine Verletzung des Vertrages von Versailles und so lange es nicht eine mindere gleiche Besteuerung einführt, kann es nicht geltend machen, daß es nicht imstande ist, die Forderungen der Pariser Beschlüsse zu erfüllen. Ich komme nun zum Schluß meiner Darlegungen. Die Gegenanträge bieten nicht einmal eine Grundlage zu einer Prüfung oder Erwiderung, sie sind einfach herausfordernd. Es würde eine glatte Zeitvergeudung sein, ihrer Betrachtung eine Sitzung zu widmen. Lloyd George gab dann im Namen der Alliierten eine Erklärung ab, in der es heißt: Die deutsche Regierung hat bereits gegen einige der wichtigsten Bestimmungen des Vertrages verstoßen. Die Aburteilung der Kriegsverbrechen, die Entwaffnung, die Zahlung von 20 Milliarden Goldmark in bar oder Waren — dies sind einige der Bestimmungen. Die Alliierten haben nicht rücksichtslos auf dem Wuchstaben ihres Schuldfehlers bestanden. Sie haben eine Frist gewährt. Sie haben sogar den Charakter ihrer Forderungen abgemildert, aber jedesmal hat die deutsche Regierung dies außer acht gelassen. Wenn die deutsche Regierung hinsichtlich der Reparationen ein aufrichtiges Bedürfnis gezeigt hätte, den Alliierten bei dem Erfolge der schrecklichen Verluste zu helfen, die ihnen durch die Angriffshandlungen der deutschen kaiserlichen Regierung zugefügt wurden, so wären wir, wie bisher, immer noch bereit, den begründeten Schwierigkeiten Deutschlands in gleicher Weise Rechnung zu tragen, aber die vorgeschlagenen Vorschläge haben die Alliierten wider ihren Willen davon überzeugt, daß die deutsche Regierung entweder nicht den Willen hat, ihre Vertragspflicht auszuführen, oder daß sie nicht die Kraft angeht, eine eigenmächtige und kurzfristige Opposition auf den nötigen Opfern zu bestehen. Wenn das auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die deutsche Meinung es nicht zuläßt, so macht dies die Lage noch ernster und macht es um so notwendiger, daß die alliierten Führer der öffentlichen Meinung gegenüber erneut Tatsachen feststellen. Die erste wesentliche Tatsache, deren sie sich bewußt werden muß, ist die, daß die Alliierten zwar bereit sind jeder vernünftigen Vorstellung, die sich aus Deutschlands Schwierigkeiten herleitet, Gehör zu schenken, daß sie aber kein weiteres Weichen in dem Vertrag erlauben können. Wir haben daher beschlossen, daß wir handeln müssen auf Grund der Annahme, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nur nicht nachkommt, sondern mit Vorbedacht nicht nachkommt. Wenn wir nicht bis Montag hören, daß Deutschland bereit ist, entweder die Pariser Vorschläge anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die die anderen im gleichen Maße befriedigen, wenn es seine Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles unter Berücksichtigung der in den Pariser Vorschlägen gemachten Zugeständnisse nicht erfüllt, so werden sie von diesem Zeitpunkt ab auf Grund des Friedensvertrages geltendmachen vornehmen: Die Alliierten sind übereingekommen 1. die Städte Duisburg-Duhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer

zu besetzen. 2. Von ihren Parlamenten Vollmachten zu erlangen, von ihren Staatsangehörigen zu fordern, einen gewissen Anteil von allen Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzuführen. Dies bezieht sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem alliierten Staate von Deutschland erworben werden. 3a. Der Betrag der Abgaben, die von den deutschen Zollbeamten in den augenblicklichen Grenzen der besetzten Gebiete erhoben werden, ist der Reparationskommission zu zahlen. 3b. Diese Zölle sollen weiter nach dem deutschen Zolltarif erhoben werden. 3c. Am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe, die von den alliierten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe von Zollkommissionen errichtet werden. Die auf dieser Linie für Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuordnenden Tarife sollen von der alliierten Rheinlandskommission in Uebereinstimmung mit der Bestimmung der alliierten Regierungen festgelegt werden. Lloyd George erklärte, daß die zweite Sanktion folgende Bedeutung habe: Abzug vom Einkaufswert aller Güter, die von den alliierten Ländern von Deutschland angekauft werden. Ein gewisser Anteil dabei wird an die hiesigen Staatskassen eingezahlt und der Rest wird mit einer Quittung der Staatskasse über den einbezahlten Betrag an Deutschland überhandelt werden.

Lloyd Georges Rede im Spiegel der englischen Presse.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. März. (Wolff.) Die Rede Lloyd Georges in der gestrigen Konferenz findet die volle Zustimmung der Presse.

Die „Times“ schreiben, die gestrige Rede Lloyd Georges habe auf die Entente eine kräftige Wirkung ausgeübt. Das Blatt verweist auf die von Briand und Curzon auf dem gestrigen veranfalteten Essen des Verbandes der ausländischen Presse gehaltenen Reden, wobei Curzon erklärte, daß die Allianz zwischen den beiden Ländern noch niemals enger gewesen sei als augenblicklich. Die „Times“ schließen aus den Worten des deutschen Ministers des Auswärtigen in der gestrigen Sitzung der Konferenz darauf, daß er weitere alternative Vorschläge machen werde. Das Blatt hebt hervor, daß die aus Berlin geäußerte Ansicht, das Ultimatum der Entente sei keineswegs ein wirkliches Ultimatum, denn die Alliierten hätten nicht die Absicht, die Verhandlungen plötzlich abzubrechen, ein großer Irrtum sei. Die Alliierten würden wirliche Angebote in Betracht ziehen, jedoch nicht mehr.

Auch „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, daß der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons neue Vorschläge unterbreiten wird. Es sei gut, daß gerade Lloyd George den deutschen Delegierten gegenüber diese Erklärung gegeben habe; denn Lloyd George sei bis vor wenigen Tagen von den Deutschen immer in gewissem Sinne als Protektor der deutschen Sache in der Reparationsfrage hingestellt worden.

„Daily Chronicle“, das Blatt Lloyd Georges, hofft unter Hinweis auf die von der deutschen rechtsstehenden Presse geäußerte Ansicht, daß wenn die Alliierten vor dem 1. Mai die Sanktionen in Kraft treten lassen, sie dann den Friedensvertrag ungültig machen würden und Deutschland in die vorteilhafteste Lage versetzt werde, sich ebenfalls nicht an den Friedensvertrag halten zu müssen, daß es nicht zur Anwendung der angedrohten Sanktionen zu kommen braucht. Wenn es sich jedoch als notwendig erweisen sollte, so bestehe kein Zweifel, daß man die Sanktionen anwenden und, wenn nötig, darüber hinausgehen werde.

Nach der „Morningpost“ sind die Sanktionen nicht weitgehend genug. Das Blatt wünscht, daß etwas geschehen soll, um Deutschland zu zeigen, daß sich die Alliierten nicht so leicht zum Karren halten lassen.

„Daily Mail“ schreibt: Die von Lloyd George in Aussicht gestellten Strafen richten sich in der Hauptsache gegen den Stinnes konzentrierten industriellen Feudalismus. Die deutsche Regierung würde vielleicht zurücktreten oder von neuem versuchen, Zeit zu gewinnen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, es ständen neue deutsche Gegenanträge bevor. Sowohl in deutschen wie in alliierten Kreisen herrsche die Zuversicht mit Bezug darauf, daß eine Lösung gefunden werde.

Nachträge zur Rede Lloyd Georges.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 4. März. (Von unserem Sonderbericht-erhalten.) Die deutschen Delegierten waren bis in die tiefe Nacht hinein mit dem Studium der Rede Lloyd Georges und der von den Alliierten überreichten Denkschriften beschäftigt. Die hiesigen Morgenblätter beurteilen die Lage zurückhaltend und ruhig und glauben, aus den Schlussworten Dr. Simons schließen zu können, daß die Deutschen bereits mit der Ausarbeitung eines neuen Vorschlages beschäftigt sind, das somit die Anwendung von Sanktionen unnötig sein werde. Allgemein kommt in der Presse die größte Befriedigung über die Rede Lloyd Georges zum Ausdruck, besonders sind es die französischen Vertreter, die ihre Befriedigung nicht verhehlen. Bei dem Frühstück, das von dem Verband der ausländischen Presse gestern zu Ehren Briands gegeben wurde, erklärte dieser, daß die Alliierten nicht aus Vergnügen zu Drohungen geklirrt wären. So lange sie nur gekonnt hätten, hätten sie sich gemäßig, und um des Friedens wegen alle möglichen Konzessionen gemacht. Lloyd George habe gezeigt, daß der Geist der Opferfreudigkeit notwendig sei, und als er die beiden Frankreichs darlegte, hätte die Gerechtigkeit aus ihm gesprochen. Eine Trennung zwischen England und Frankreich wäre das Ende des Friedens. Die Einigkeit der beiden Länder wäre das Geheimnis des Weltfriedens.

Sforza's Bemühungen.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Mailand, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Corriere della Sera“ aus London meldet, hofft Graf Sforza aufrichtig, daß die Deutschen neue annehmbare Vorschläge unterbreiten werden, obwohl die Lage als außerordentlich kritisch betrachtet wird. Er hat in der Geheimhaltung der alliierten Delegierten, in der das Ultimatum beschlossen wurde, besonders vom rechtlichen Gesichtspunkt aus hartnäckig sich sehr warm bemüht, den wirtschaftlichen Strafmaßnahmen den zu sehr betonten politischen Charakter zu nehmen. Die französischen Delegierten erklärten sich überzeugt, daß die Deutschen nur auf militärische, wirtschaftliche und finanzielle Trennung der Rheinlande vom übrigen Deutschland reagieren würden, aber Graf Sforza widerlegte sich einer solchen Maßregel und auch Lloyd George erklärte, so etwas gleiche zu sehr einer Annexion. Es sei daher den Bemühungen des Grafen Sforza zu verdanken, daß Lloyd George in seiner Rede das Angebot neuer Vorschläge gemacht habe.

Die „Morning Post“ und die Haltung der Italiener.

(Eigener Drahtbericht.)

w. London, 4. März. Mit Bezug auf die Haltung der Italiener auf der Londoner Konferenz schreibt die „Morning Post“: Da Graf Sforza seine Unterchrift unter das Pariser Abkommen geleistet hat, kann von einem Rücktritt Italiens von seinen Verpflichtungen oder einer Änderung des Friedensvertrages keine Rede sein. Da jedoch Italien durch alle wirtschaftlichen Erschütterungen Europas wesentlich im Mitleidenchaft gezogen werden würde, z. B. in der Verjüngung mit 20 Jahren aus dem Bahrevier und aus dem Saarial, so verteidigen italienische Kreise die Ansicht, daß Deutschland jede Gelegenheit geboten werden müsse, sich zu dem Standpunkt der Alliierten bekehren zu lassen.

Belgien verzichtet auf deutsche Hilfe.

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 4. März. Der belgische Minister Jaspard erklärte dem „Daily Chronicle“, Belgien wolle weder deutsches Material, noch deutsche Arbeiter für den Aufbau seiner zerstörten Gebiete, da es über beides selbst verfüge.

Barthou zufrieden.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 4. März. Wie der „Matin“ meldet, hat Kriegsminister Barthou, der gestern von London zurückgekehrt ist, erklärt, er sei vollständig befriedigt. Bei seiner Ankunft in London sei die Lage etwas schwieriger gewesen; er sei nicht als Kriegsminister, sondern als Kabinettsmitglied in London gewesen und auch als ehemaliger Präsident des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Letzte Nachrichten.

Der Markkurs in Zürich.

(Eigener Drahtbericht.)

e. Zürich, 4. März. Heutige Schlussnotierung: 100 Mark = 9,70 Gelb, 9,75 Brief Franken.

Oberösterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Döbels, 4. März. Wie die interalliierte Kommission mitteilt, hat sie den Termin für die Verhängung des Belagerungsstatusandes über das Abtinnungsgebiet noch nicht festgesetzt. Der Belagerungsstatus wird erst kurz vor dem Tage der Abtinnung und nur für wenige Tage verhängt werden. Auch über das Verbot von politischen und sonstigen Versammlungen während des Belagerungsstatusandes ist noch kein Beschluß gefaßt.

Eine Dame
die eine zarte, weiße Haut u. schönen Teint erlangen u. erhallen will, wäscht sich m. **Seifenpulver Feine** **St. Helens** **Lilienmilchseife** **Bergmann & Co., Radebeul.** **Ueberrall erhältlich.**

Ausgabestellen des Karlsruher Tagblatts

- Emil Boschert, rrisauer, Neue Bahnhofstr. 1.
- T. Brunner, Kaiser-Allee 29.
- Frl. Finsterle, Altbahnhof.
- Zeitungskiosk Gäng, b. d. Hauptpost.
- Himmel, rrisauer, rrisauer, Blumenstr. 21.
- Wilh. Hörner, Zig.-Geschäft, Sofienstr. 126, Ecke Schillerstr.
- Karl Huber, rrisauer, Schützenstr. 18.
- Kraus, (Kiosk beim Germania-)otel.
- Karl Maier, Zigarren-Geschäft, Ludwig-Wilhelmstr. 20.
- Alex. Reiff, Rappartstr. 82.
- R. Würz, Papier-Anstalt, Neckenstr. 17, Ecke Coethestr.

In diesen Ausgabestellen kann das Tagblatt im Abonnement zum Preis von Mk. 5,10 abgeholet und auch einzeln gekauft werden.

Der Reichstag und die Londoner Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. März.

Präsident Ebbé eröffnet 2 1/2 Uhr die Sitzung mit den Worten:

Vor Eintritt in die Tagesordnung nehme ich Anlaß, Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Ich bin in der Angelegenheit, die uns zurzeit alle auf höchste Berührung, nämlich in der Frage der Londoner Verhandlungen, an die Reichsregierung herangeführt mit der Frage, ob sie vielleicht jetzt in der Lage sei, dem Reichstage Mitteilung über den Stand der Angelegenheit zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die ihr von der Londoner Abordnung ausgegangene Information noch nicht vollständig sei und der Text der Ausführungen des englischen Premierministers noch geprüft werde. Ich füge hinzu, daß ich mich in freier engerster Fühlung mit dem Kabinett halte und nach der im Augenblick eingegangenen Information in kurzer Zeit in der Lage sein werde, aus dem amtlichen Wortlaut die entscheidenden Sätze der Rede des englischen Ministerpräsidenten mitzuteilen. Zunächst treten wir in die Erlebung unserer Tagesordnung ein.

Hg. Ledebour (U.S.): Zur Geschäftsordnung! Ich bedaure, dem Herrn Präsidenten widersprechen zu müssen. Nach unserer Auffassung ist es durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in Verhandlungen über die Londoner Forderungen eintritt. Wir können nicht abwarten, bis einmal der Wortlaut der Londoner Rundgebung vorliegt und die Regierung in der Lage gewesen ist, das alles zu prüfen. Die Tatsachen, die dem Reichstage Anlaß geben könnten, seine Meinung auszusprechen, liegen bereits vor.

Hg. Levi (Komm.) schließt sich dem an. Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Anfrage.

In Beantwortung der Anfrage eines thüringischen Abgeordneten wegen Benachteiligung der Stadt Halle und thüringischer Städte durch Verlegung des Schnellzugsverkehrs von Berlin nach München über Leipzig-Hof wird Regierungsrat geantwortet, es bestehe nicht die Absicht, den Schnellzugsverkehr über Halle einzustellen. Bedingt der Verkehr über Leipzig soll etwas erweitert werden.

Es folgt die Beratung des

Reedereiabsindungsgezetes.

Hg. Schiffer (Dem.) beantragt die Absehung von der Tagesordnung, da augenblicklich nicht die Zeit zu umfangreichen Debatten sei. Hg. Bogherr (U.S.) sieht in dem Antrag das Bedeutsame, nach außen hin eine Einheitsfront vorzutun, die in Wahrheit nicht bestehe. Seiner Partei werde dadurch die Möglichkeit genommen, die letzten Vorkommnisse im Reedereiwesen in Plenarsitzung zur Sprache zu bringen. In Stellung sei heute der Generalkonferenz ausgedrückt, weil das Reedereikapital den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen habe. Regierung und Reichstag hätten die Pflicht, hier einzugreifen.

Hg. Müller-Franken (Soz.) betont, daß in Stellung Eingangsverhandlungen schon morgen beginnen. Im übrigen sei das, was für das Reich auf dem Spiele stehe, ungleich wichtiger als Reedereifragen. Redner schließt sich dem Antrag Schiffer an.

Hg. Levi (Komm.) widerspricht dem. Hg. Bogherr (U.S.): Die Verlogenheit von 1914 bis 1918 muß endlich aufhören. Nicht in den Fraktionen, sondern in aller Öffentlichkeit muß verhandelt werden.

Nachdem der Hg. Müller-Franken (Soz.) nochmals seinen Standpunkt vertreten, erklärt Hg. Bogherr (U.S.), im Reichstage sei eine Abordnung der Stettiner Vulkanarbeiter erschienen. (Großer Lärm.) Der Antrag Schiffer wird gegen die Stimmen der äußersten Linken angenommen.

Die Londoner Erklärung.

Präsident Ebbé teilt hierauf den Wortlaut der entscheidenden Sätze der Londoner Erklärung mit und schließt unter dem bewußten Beifall des Hauses mit den Worten: Es wird niemandem im Hause sein, der glaubt, daß diese Erklärung mit dem Berliner Vertrag im Einklang steht. Hg. der Abg. Hoffmann (U.S.) das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, erhebt sich stürmischer Protest. Präsident Ebbé erklärt, das Wort nicht geben zu können, da das nur bei Gegenständen gelte, die auf der Tagesordnung stehen. Als hierauf ein gewaltiger Tumult ausbricht, verläßt der Präsident die Sitzung bis 1/4 Uhr. Somit werden den Unabhängigen und der Rechten kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, die auch während der Pause andauern.

Beginn der Pause gegen 1/3 Uhr.

Bis 1/2 Uhr ist die Sitzung noch nicht wieder aufgenommen worden. In dieser Zeit werden die im Saal noch bzw. schon wieder anwesenden Mitglieder und die Pressevertreter durch den Sanktionsdirektor Geheimrat Jungerheim verhandelt, daß die heutige Sitzung geschlossen ist, sowie, daß der Reichstag morgen zu einer noch zu bestimmenden Stunde seine nächste Sitzung halten wird.

Der Aeltestenrat.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. März. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß heute mit der durch die Londoner Konferenz geschaffenen Lage, Da das Material aus London zurzeit noch nicht vollständig vorliegt, wird der Reichstagsrat heute im Plenum noch nicht das Wort ergreifen. Es wird aber angenommen, daß das Material im Laufe des Tages eintrifft. Aus diesen Grunde werden die Ausschüsse morgen vormittag keine Sitzungen abhalten, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Karlsruher Bürgerausschuß.

(Eigener Bericht.)

Anstelle des verstorbenen Stadtrats Gartner wurde mit 53 Stimmen der dem Zentrum angehörige Kaufmann Karl Wiesler gewählt. Es sind 83 Mitglieder anwesend; das Kollegium ist beschlußfähig.

Zunächst wird eine Anfrage wegen der Erhöhung der Fahrpreise für die Albtalbahn beantwortet. Die Nachricht von der Erhöhung am 1. April trifft nicht zu, da die Erhöhung bei der Reichsbahn erst für später vorgesehen ist. Der Tarif der Albtalbahn weist freilich zurzeit einen höheren Satz auf als die Reichsbahn, welche Differenz bei Neufestsetzung in Betracht gezogen werden soll, so daß die Preise bei Albtalbahn und Reichsbahn gleich hoch sind.

Die Aufstellung eines Zentralfessels für Hochdruckdampfzerzeugung durch Ausnutzung der Gase der Dampfanlagen des Gaswerks Ost wird einstimmig gutgeheißen.

Bei Errichtung einer Benzolgewinnungsanlage im Gaswerk bemerkt

Stadtrat Jung, daß das Gas durch weitere Ausnützung verschlechtert werde. Er erwartet, daß der Mehrerlös am Gaspreis abgeschrieben werde.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Stromversorgung von Maxau.

Auch diese Vorlage wird angenommen.

Stromversorgung von Grünwinkel.

Bürgermeister Schneider begründet die Vorlage, die, wie die vorerwähnte, in der Öffentlichkeit behandelt wurde. Sie wird ebenfalls angenommen.

Verpachtung des städtischen Gutshofes Huppurr an Landwirt Hensel und an Geflügelzucht Rheinhausen.

Bürgermeister Hartmann begründet die Vorlage und bezeichnet die Angelegenheit als eine reine Zweckmäßigkeits- und keine Prinzipienfrage. Die Not des Kriegs war die Ursache für die städtische Gutswirtschaft. Es handelt sich bei dem Vorschlag um eine besondere Art des Kommunalbetriebs, um die Einhaltung des privaten Interesses in das der Öffentlichkeit. Die Stadt kann jederzeit kündigen. Auch die Regulierung des Pachtpreises kann nach veränderten Verhältnissen erfolgen. Es läßt sich kaum eine Möglichkeit ausdenken, für die nicht im Vertrag Sorge getragen und den Interessen der Stadt Rechnung getragen ist. Die Gutswirtschaft der Stadt erfolgte unter zwei Gesichtspunkten, einmal der Milchversorgung und zum andern aus finanziellen Gründen. Ein großer Teil von Milchviehhäufen sei eingegangen, weil sie nicht den erforderlichen Milchpreis erhielten. Mit der Verpachtung blieben der Stadt 400 Liter Milch, die sonst ausfallen, erhalten. Die Stadt hat an Zuschüssen 978 363 M. und an Milchprämien, die allerdings vom Reich ersetzt werden, 694 404 M. geleistet. Solange Milchprämien gewährt werden müssen (aus Gründen der Niedrighaltung der Milchpreise), könne weder im städtischen noch Pachtbetrieb von Rentabilität eine Rede sein. Die Vorteile der Verpachtung befänden in der Erhaltung von 400 Liter Milch und dem Pachtzins. Schließlich gibt der Redner einige Abänderungsanträge bekannt.

Stadtv. Obmann D. Frey: Der Stadtverordnetenrat hat der Vorlage mit Mehrheit zugestimmt, was also nicht einig, da auch hier die Parteimeinung sich widerspiegelt. Das Praktische für die Stadt wird von vielen in der Verpachtung gesehen. Es ist nicht bewiesen, daß die Landwirtschaft in Regiebetrieb abzunehmen. Die 50 000 M. könnten bei der Verpachtung bestimmt werden, das sei aber nicht entscheidend, so wenig es die 1/2 Million Mark sein könne, die erpart werden würde, wenn die 400 Liter Milch verloren gehen. Das Entscheidende ist, daß der Zweck, möglichst Versorgung der Bevölkerung mit Milch in großem Umfang erfüllt wird. Zu einem Pächter habe er mehr Vertrauen. Namens der Mehrheit des Geschäftsführenden Vorstands erklärt er die Zustimmung.

Stadtv. Heini (D.): Die Stadt erhoffe von der neuen Bewirtschaftung, daß sie das hineingesteckte Kapital zurückerhalte und eine Besserung in der Milchversorgung eintrete. Das erstere wäre möglich, das zweite noch nicht sicher. Der Pächter müsse unbedingt Vollmilch liefern; eine Zustimmung, daß die Milch nicht unter 28 Prozent Fettgehalt haben dürfe, gehöre überhaupt nicht in einen Vertrag. Es gäbe Mittel, hochprozentiger Milch Fettgehalt zu entziehen und Magermilch zu Vollmilch auszumachen. Vom Personal dürfe niemand erwerbslos werden und die Stadt müsse hier ihre Pflicht tun. Wenn man erwäge, daß der Vertrag mit der Firma Geflügelzucht Rheinhausen fast nur Verpflichtungen des Pächters aufweise, so muß dieser doch irgendwo einen Vorteil sehen. Aus den Schwarzwaldhöfen könne noch mehr herausgeholt werden. Die Mehrheit seiner Fraktion stimme der Vorlage zu, er und anderer Parteifreund aber nicht.

Stadtv. Marx (S.): Namens der Fraktion erklärt der Redner, daß sie geschlossen dagegen ist. Er glaube nicht, daß die Stadt mehr Milch erhält. Die Stadt verdränge Herrn Hensel aus seinem jetzigen Pachtverhältnis und füfle sich so moralisch verpflichtet, diesem wieder einen Betrieb zu verschaffen. Es sei nicht richtig, daß der Gutshofbetrieb ein Zuschußbetrieb sei. Nachdem die Stadt 3 1/2 Millionen in das Gut gesteckt und die ersten schweren Jahre durchgehalten hat, sollte sie es nicht aufgeben. Das Bürgermeisterrat hätte nicht zugeben dürfen, daß Herr Hensel bereits aufgelesen sei. Das sei eine Verleumdung der Rechte des Bürgerausschusses.

Oberbürgermeister Dr. Finter: Es handelt sich nicht um einen Beschluß des Bürgermeisterrats, sondern um einen wohlwollenden Beschluß des Stadtrats. Der Zustandigkeit des Bürgerausschusses sei nicht vorgegriffen, weil Herr Hensel nur Gelegenheit gegeben worden sei, im Benehmen mit dem städtischen Leiter die notwendigen Vorarbeiten zu treffen, da die Uebergabe auf Blättern üblich sei.

Stadtv. Witmann (Z.): Man müsse entscheiden, nach welchen Regeln der Allgemeinheit am meisten gebiete sei. In der Personenfrage habe man wiederholt keine glückliche Hand gehabt. Die Frage sei durchaus unpolitisch und könne nur vom Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit aus beurteilt werden. Durch Einstellung des gesunden Erwerbsflusses könne das erwünschte Ziel erreicht werden. Namens der Partei erklärte er die Zustimmung zur Vorlage.

Stadtv. Weiß (D.N.): Es ist wünschenswert, daß die Stadt die Hände von der Landwirtschaft läßt. Wir wollen wieder zu normalen Wirtschaftsverhältnissen zurückkehren. Seine Partei stimme der Verpachtung zu, wünsche aber, daß den Huppurrer Landwirten ein Teil der zerstreuten Bänderchen gegeben wird und nicht an die Firma Hensel.

Stadtrat Jung wendet sich gegen die Verpachtung, auch, weil die Ausschreibung unterlassen worden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Finter: Was wir getan haben, geschah nach reiflicher Ueberlegung. Es fragt sich, will die Stadt 2000 Liter Milch aufgeben oder nicht. Der Stadtrat konnte sich nicht dazu entschließen und so war man verpflichtet, die Milchprämie zu zahlen. Für das Bürgermeisterrat sind nicht parteipolitische Erwägungen, sondern die Interessen der Allgemeinheit ausschlaggebend. Während des Krieges war der Regiebetrieb wegen der Milchnot erforderlich. Heute ist der Pachtvertrag das richtige Mittel zur Milchproduktion. Er ist ein Instrument für unsere Interessen. Herr Hensel war ein wichtiger Milchlieferant, den die Stadt nicht verlieren wollte und die deshalb an ihn herantrat. Durch den Abschluß des Vertrags werde der Stadt tatsächlich eine größere Milchmenge gesichert. Der Vorwurf, daß Herr Hensel ein Geschenk gemacht werde, sei nicht berechtigt. Wegen des Bundes auf Landzuteilung an Huppurrer Landwirte soll mit Herrn Hensel eine Vereinbarung geschlossen werden. Die Verpachtung wird mit 60 gegen 41 Stimmen in namentlicher Abstimmung gutgeheißen. Auch der Verpachtung an Fa. Geflügelzucht Rheinhausen wird zugestimmt. Die Behandlung der restlichen zwei Vorlagen wird auf Dienstag nachmittags 4 Uhr verlagert.

Wohnungsbau 1921, I. Bauabschnitt.

Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß:

1. Die Ausführung von insgesamt 186 Wohnungsbauten, an Stelle der durch den Bürgerausschuß in seiner Sitzung am 30. November 1920 beschlossenen 175 neuen Wohnungen.

2. Die Nummer von 15 Millionen Mark auf 16,53 Millionen Mark erhöhten Baukosten sind aus Anlehensmitteln zu bereiten und innerhalb einer Frist von 20 Jahren zu tilgen.

3. Die jährlichen Verzinsungs- und Tilgungsquoten sind im Wege einer besonderen Abgabe, gemäß dem vom Reichstage zu erlassenden Gesetz über die „Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus“, zu decken.

Der Bürgerausschuß hat in seiner Sitzung vom 30. November 1920 neben einem Betrag von 5 Millionen Mark für den Ausbau von 2000 Wohnungen, einen solchen von 15 Millionen Mark für Wohnungsbauarbeiten bewilligt.

Nach den damals vorliegenden generellen Entwürfen sollten insgesamt 175 Wohnungsbauarbeiten zur Ausführung gelangen, und zwar:

durch den Mieter- und Bauverein durch Ausbau von 4 angelegenen Privatbauten 4 Zwei-, 12 Drei- und 12 Vierzimmerwohnungen, und durch Neubau einer Häusergruppe Ede Frühling- und Sommerstraße 6 Zwei-, 15 Drei- und 3 Vierzimmerwohnungen, zusammen 52 Wohnungen;

durch die Gartenstadt Karlsruhe im Gebiet der Gartenstadt, 16 Zwei- und 4 Vierzimmerwohnungen, zusammen 20 Wohnungen;

durch die Gartenstadt Grünwinkel im Stadtteil Parlanden 40 Dreizimmerwohnungen; durch die Gemeinnützige Mieter- und Handwerkerbauoffenschaft in der Hardtwaldhede 14 Vier- und 4 Fünzimmerwohnungen, an der Parkstraße 24 Dreizimmerwohnungen, an der Ede Soffien- und Vorstraße 3 Zwei- und 18 Dreizimmerwohnungen, zusammen 68 Wohnungen.

Die inzwischen vorgenommene Einzelbearbeitung der Pläne durch die Genossenschaften hat Änderungen sowohl in der Zahl, wie in der Größe der einzelnen Wohnungen erforderlich erscheinen lassen.

Es führen nunmehr aus:

Der Mieter- und Bauverein: 19 Zwei-, 17 Drei- und 22 Vierzimmerwohnungen, zusammen 58 Wohnungen.

Die Gartenstadt Karlsruhe: 16 Drei- und 4 Vierzimmerwohnungen, zusammen 20 Wohnungen.

Die Gartenstadt Grünwinkel: 1 Zwei- und 20 Dreizimmerwohnungen, zusammen 40 Wohnungen.

Die Gemeinnützige Mieter- und Handwerkerbauoffenschaft: 2 Zwei-, 44 Drei-, 18 Vier- und 4 Fünzimmerwohnungen, zusammen 68 Wohnungen.

so daß insgesamt anstatt 175, 186 Wohnungen erstellt werden.

Die Änderungen sind in der Hauptstadt bedingt durch Planänderungen des Häuserblocks des Mieter- und Bauvereins an der Ede Frühling- und Sommerstraße (es wurde hier an Stelle der dreiflügeligen eine vierflügelige Bauweise für den mittleren Teil des Blocks gewählt), sowie durch Änderungen des Häuserblocks der Gemeinnützigen Mieter- und Handwerkerbauoffenschaft Ede Soffien- und Vorstraße, der entgegen der bisher beschriebenen dreiflügeligen Bauweise nun in vier Stockwerken ausgebaut werden soll. Auf diese Weise ergibt sich in den beiden genannten Bauabschnitten im Ganzen ein Mehr von 13 Wohnungen, dem an der Parkstraße eine Verminderung der zuerst beschriebenen Zahl von 24 Dreizimmerwohnungen um 2 folgende gegenübersteht. Vier sollen zunächst nicht die Eigenbauten am Rondell sondern die nach Norden an das Rondell anschließenden Baublöcke (zweiflügelige Einfamilienhäuser) zur Ausführung gelangen.

In der Frage der Bebauung der Park- und der Karlsruher

Wilhelmstraße beim Stadtrat mit dem Ersuchen vorstellig geworden, er solle von einer Bebauung dieser Straßenfronten absehen. Sie, die Anwohner, hätten von jeder damit gerechnet, daß ihr Gegenüber immer frei bleiben werde. Durch die jetzt beschlossenen einfachen Bauten, würden ihre Grundstücke im Wert herabgemindert.

Der Stadtrat ist demgegenüber der Meinung, daß zunächst in letzterer Hinsicht eine Veranlassung zu solchen Befürchtungen nicht gegeben sei. Die zu erstellenden Bauwerke werden zwar eine einfache, aber in ihren Verhältnissen und Farbe, sowie in der Gruppierung künstlerisch einwandfreie Gestaltung erhalten. Mit Rücksicht auf die Symmetrie etwa die bestehende Baufront in ihrer Architektur auch nur andeutungsweise zu wiederholen, wäre auch dann nicht in Frage gekommen, wenn die Mittel zum Bau sog. Herrschaftswohnungen zur Verfügung hätten. Von einem vollständigen Freihalten der westlichen Seite der Parkstraße aber, für die seit langem die Bauflucht festgelegt ist, ist niemals die Rede gewesen.

Die endgültig ausgearbeiteten Pläne liegen auf der Stadtkanzlei zur Einsichtnahme auf.

Die für die 11 weiteren Wohnungen und für die übrigen Änderungen errechneten Mehrkosten betragen 1,38 Millionen Mark.

Der Bürgerausschuß hatte i. Zt. den erforderlichen Baufredit bewilligt „vorbehaltlich der Erlassung eines Gesetzes über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus“. Der Stadtrat hat zufolge dieses Beschlusses seine Bemühungen bei der badischen Regierung auf Erlassung eines solchen Gesetzes fortgesetzt und unter dem 10. Dezember 1920 durch das badische Staatsministerium die Mitteilung erhalten, wonach dieses die Erlassung eines Landesgesetzes auf der Grundlage betreiben wollte, daß die Gemeinden ermächtigt werden, eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus zu erheben. Aufgrund dieser Mitteilung hat der Stadtrat trotz der unangünstigen Jahreszeit zu Beginn dieses Jahres die Bauten begonnen, einmal um die Wohnungen möglichst früh dem Wohnungsmarkt zuführen zu können, dann um der namentlich im Gewerbe immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Wie bekannt, ist inzwischen auch ein Reichsnotgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus erlassen worden, wonach bis spätestens 1. Mai 1921 das endgültige Gesetz beschloffen sein muß, andernfalls die Länder selbst ein solches zu erlassen haben. Das Notgesetz bestimmt ferner, daß sofort ein bestimmter Betrag durch die Länder (für Baden rund 66 Millionen Mark) für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verwendung kommt und daß dieser Betrag innerhalb 20 Jahren aus Mitteln einer besonderen Abgabe verzinst und getilgt werden muß. Die Gemeinden ihrerseits werden zu Zuschlägen zu dieser vom Lande zu erhebenden Abgabe verpflichtet.

Nach Mitteilung des Arbeitsministeriums werden die Beträge des Reichs (im. des Landes 66 Millionen Mark) unter ähnlichen Bedingungen, wie i. Zt. die Reichsdarlehen den Städten überwiesen werden und die von den Gemeinden aufzubringenden Zuschläge so hoch zu sein haben, daß durch sie der Rest der Baukosten gedeckt ist. Wenn beispielsweise das Arbeitsministerium der Stadt Karlsruhe den Betrag von 7 1/2 Millionen Mark zuweisen sollte mit der Bestimmung, daß der je einer Wohnung zufallende Betrag auf 15 000 M. zu bemessen sei, so würde das heißen, die Stadt Karlsruhe baut 7 500 000 : 15 000 = 500 Wohnungen und sie bringt selbst für jede, 100 000 M. Baukosten verursachende, Wohnung an dem von der Genossenschaft zu leistenden rentierlichen Wert von 15 000 M. und dem Staatszuschuß von ebenfalls 15 000 M. ihrerseits noch den notwendigen Restbetrag von 70 000 M. auf, und sie deckt die Zinsen und Tilgungskosten des sich ergebenden Kapitalaufwands von 35 Millionen Mark durch Zuschläge zu den staatlichen Sätzen der Wohnabgabe. Diese „Zuschläge“ betragen hier allerdings ein Vielfaches der Grundabgabe.

Die Einzelheiten der beschriebenen Bestimmungen liegen i. Zt. noch nicht vor. Es besteht aber nach Obigem kein Zweifel, daß der geforderte Bauaufwand noch in diesem Jahre durch die Wohnabgabe gedeckt werden kann, und es dürfte weiter feststehen, daß über das vorliegende Teilbauprogramm hinaus auch noch die Mittel für einen weiteren Bauabschnitt von demselben Umfang durch die Wohnabgabe gedeckt werden können.

Die Vorbereitungen zu diesen weiteren Bauten sind im Gange, sie sollen in aller nächster Zeit dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Tagesanzeiger.

Samstag, den 5. März. Landestheater. Judith, 8 1/2 Uhr. Colosseum. Varieté, 8 Uhr. Kleinkunstbühne Rotes Haus. Vorstellung, 8 Uhr. Rinklerhaus. Orator Romulus, 8 1/2 Uhr. Weltanorama. Paris. Marionettentheater Kaiser Rinkler im Saalbauhöfen. 7 1/2 Uhr Eröffnung. Eintracht. 5. Meistersänger. Wolf Busch. 7 1/2 Uhr. Bad. Seebadenadlerverein. Monatsversammlung mit Vortrag. Redaktionsrat. 8 Uhr. Naturbühnenverein. Generalversammlung im Reformrestaurant. 7 1/2 Uhr. Friedrichshof. Abends Künstlerkonzert. S. S. Phoenix. Entscheidungsspiel (Handball) im Botanischen Garten. 4 1/2 Uhr.

Geistliche Mitteilungen.

Die körperliche Pflege eines Menschen verrät nicht selten seine Art und seinen Charakter. Das weiß heute jeder, daß man durch häßliche Wohnungen mit der bedauerlichen Stedenver-Zerfahrenheit von Bergmann & Co., Kabeul, Schönheitsfehler mit Besorgnis befehlen und seine Gestalt glatt und sympathisch, rein und vornehm gestalten kann.

Die Karlsruher Schuhfabrik Semmler u. Co. verankert ab 4. März in verlebenden Stadteilen den Verkauf von 12 000 Paar Strassenstiefeln. Der Verkauf ist dem Publikum so bequem wie möglich gemacht, da in allen Stadteilen Verkaufsstellen eingerichtet werden. Es werden folgende im Badrücken der Firma (Karlstraße 90-92), im Saal der Wirtschaft „Hinterbahn“ (Schützenstr. 18), in der Wirtschaft „Gehäuer Schäfte“ (Durlacher Allee 27) und „goldenen Strich“ in Mühlburg eröffnet. Der Verkauf findet in den städtischen Geschäftsräumen von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr statt.

Badische Politik.

Aus der Landeskirche.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat folgende Beschlüsse gefasst: Die Sonntagsschule...

Aus Baden.

Amthliche Nachrichten.

Das Staatsministerium hat die Bezeichnung...

Orthingen, 4. März. Am 28. Februar versammelten sich auf Einladung des Turnvereins...

Mannheim, 4. März. Der 33-jährige Fabrikarbeiter Karl Vossil von Rederau geriet in die Kammer einer Maschine...

Heidelberg, 4. März. Der Stadtrat hat sich grundsätzlich bereit erklärt, sich an der zu gründenden Aktiengesellschaft zur Finanzierung des Rederau-Kanals zu beteiligen.

Erstmal, Amt Nuch, 4. März. Ein krankes Pferd, das der Vierführer Grimm in Behandlung hatte, schlug aus und traf den Grimm auf die linke Brustseite...

Baden-Baden, 4. März. Im Hotel „Einhorn“ ist der 17-jährige Mädchenbursche Josef Mörich so unglücklich in den Keller gestürzt, daß durch den dabei erfolgten Schädelbruch augenblicklich der Tod eintrat.

Schwaibach b. Gengenbach, 4. März. Der Bezirksrat Offenburg hat die Einsprache gegen die Bürgermeistereiwahl hier verworfen.

Aus dem Stadtkreise.

Die häßliche Knabenhandarbeitschule nimmt während der kommenden Woche, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, die Anmeldung neuer Schüler entgegen.

Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen. Da der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat vor dem Abschluss steht, erläßt das Reichsabwehrungsamt einen Aufruf...

Warnung vor Umwerbungen zum Heeresdienst im Ausland. Es ist wiederholt beobachtet worden, daß junge Deutsche einer unverantwortlichen Werbetätigkeit zum Opfer fallen...

Einmal, Amt Nuch, 4. März. Ein krankes Pferd, das der Vierführer Grimm in Behandlung hatte, schlug aus und traf den Grimm auf die linke Brustseite...

sein, einer hochpolitischen Mission oder einer glücklichen Zukunft erzählen, empfangen sie Söldnergehalt und Bistke, wie sie es anstellen müssen, um an das Ziel der ihnen vorgegaukelten Zukunftsträume zu gelangen.

Todesfall. Im Alter von 65 Jahren ist gestern früh Bauunternehmer Jakob Wals gestorben. Der Verstorbenen verbliebte die größte Zeit seines Lebens in Strassburg und war dort Teilhaber der weitbekannten Bau-Firma Kirchengauer & Wals.

Dem Kleinrentner-Bund wurde von der Firma Christian Nie in p eine reiche Spende, bestehend in einer großen Anzahl Dosen Obstkonerven, zugewiesen, die von den Mitgliedern dankend entgegengenommen wurden.

Veranstaltung. Man teilt uns mit: Durch die Tageszeitungen gehen sorgfältig Warnungen an die Eltern, ihre an Eltern aus der Schule zur Entlassung gelangenden Kinder nicht diesen oder jenen Beruf ergreifen zu lassen.

Chronik der Vereine.

Karlsruhe, 4. März. Die am 20. Januar d. J. von Konrad Henning gegründete „Die Naturfreunde“ abgehaltene Generalversammlung gelangte wegen der Nichtvollendung der Tagesordnung am 20. Februar d. J. zur Fortsetzung und erfasste die beiden Verhandlungsgegenstände...

Veranstaltungen.

Konzert. Auf das heute abend in der Festhalle stattfindende Konzert der Sängervereinigung mit etwa 1200 Sängern sei nochmals hingewiesen.

Das Theater und das neue Publikum. Ueber dieses Thema wird morgen Sonntag in einer Vortragsveranstaltung des Theatervereins...

Standesbuch-Auszüge.

Uebungsliste. 3. März: Hermann Bachmann, hier, Hilke, hier, mit Anna Wolf von Heidelberg; Richard Klinger von Mannheim...

Todesfälle. 4. März: Emma Schmitt, hier, alt 84 Jahre; Vater Emil Schmitt, hier, alt 84 Jahre; Mutter Anna Schmitt, hier, alt 84 Jahre...

Gerichtssaal.

3. Karlsruher, 4. März. Sitzung der 4. Strafkammer. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Wolf; Vertreter der Staatsanwaltschaft Hilfskassensachwalter Uba.

Der Tagelöhner Leonhard Walther aus Weiber bei Bruchsal wurde vom dem Elektromonteur August Stähler aus Weiber angeklagt, ihm zu kommen, um einen größeren Tabakdiebstahl in Weiber auszuführen.

Der Bäcker Christian Stand aus Thalstättin, der schon vielfach bestraft ist, entwendete im Bezirk Karlsruhe ein Fahrrad. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahl im Rückfall zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Beilage.

Die der heutigen Stadtanleihe beigefügten Beilage in Form eines Kalenders sei der Beachtung empfohlen.

Spanische Weinstuben zum Haaseneck. Eröffnung Samstag nachmittag 4 Uhr. Eröffnungs-Konzert / Spanische Weiß- u. Rot-Weine von 3.75 an / Schlachtplatten. Sonntag vormittag 11-1 Uhr: Frühschoppen-Konzert.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Ausblick auf die Leipziger Messe. Stimmen der Industrie.

Die Leipziger Messe wird uns gefeiert: Über die Ausstellungen der am 6. März beginnenden Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse ist eine Anzahl führender Persönlichkeiten der Industrie ausgesprochen. Diese Meinungsäußerungen sind auch für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des wirtschaftlichen Lage von Wert.

Porzellanindustrie.

Über die Porzellanindustrie wird sich an der Leipziger Frühjahrsmesse wieder in gewohntem, reichem Umfang betätigen und mit manchen neuen Bemerkungen hervortreten. Die Frühjahrsmesse wird von einschneidender Bedeutung für unsere Industrie sein, da die wirtschaftliche Krise, die zusehends in allen Ländern sich auch unsere Fabrikate beinflusst, und vor allem die hochwertigen Fabrikate. Wenn es gelingt, Aufträge in unseren hochwertigen Porzellan zu erzielen, so erleidet die deutsche Porzellanindustrie einen schweren Schlag. Denn der Einkauf im Inland von tablettierten Ware hat wesentlich nachgelassen, und die Aufträge sind sehr viel auf den Export angewiesen.

Die Beteiligung der Porzellanindustrie wird

Die Beteiligung der Porzellanindustrie wird in diesem Jahre größer sein und das Gebotene der vergangenen Jahre sicherlich weit übersteigen. Die Industrie selbst, und nicht nur die Porzellanindustrie, wird sich durch die letzten wirtschaftlichen Ereignisse, die von so ungeheurer Tragweite sind, nicht abhalten lassen, auf der Messe zu zeigen, was sie kann. Die Ausstellungen des Exportgeschäftes werden allerdings gerührt durch die in Aussicht stehende Ausgabende von 12 1/2 Prozent an die Entente. Solange dieses Damoklesschwert über dem Haupt der deutschen Industrie schwebt, so lange wird das Ausland — und zwar mit voller Berechtigung — seine Einkäufe in Deutschland entweder bis zur Klärung der Frage verzögern oder auf das dringendste notwendige Maß beschränken. Denn angesichts der finanziellen Situation Deutschlands und der Forderung von 20 Milliarden Goldmark für die Wiedermachung wird jeder Ausländer sich mit Recht fragen, ob die deutsche Industrie diese 12 1/2 Prozent auf den Konsum abwägen muß. Und da die Preise ohnehin für die hochqualitativen Waren, in denen die Lebenshaltungskosten sich nur wenig erhöhen oder vermindert haben, viel zu hoch sind, müssen Konsum und Händlerkraft sich fragen, ob sie dieses Mehr von 12 1/2 Prozent nicht tragen können.

Von ebenso hoher Bedeutung ist die Spielwarenindustrie

Auf der Messe, über die sich der Vorsitzende der Spielwarenindustrie, Herr Dr. Carl Meißner, Vorsitzender des Deutschen Spielwarenverbandes, wie folgt äußert: Die Spielwarenindustrie hat sich im Jahre 1921 glänzend behauptet; alles ist wieder in gesteigerter Blüte gebracht. Der alte Ruf der Reichhaltigkeit, der guten Ausführung darf als unerschütterlich betrachtet werden, die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit sind fast durchgängig wiederhergestellt. Auf der Messe wird diese Industrie wieder mit überragendem Umfang, glänzender, alle Anforderungen befriedigender Musteranlagen in außerordentlich reicher Zahl vertreten sein. Inwiefern die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch des Auslandes auf die Kaufkraft einwirken, das ist kaum zu beurteilen; hoffen wir, daß bis dahin sich noch manche kurzgefristete Welle stützt und so die Basis für den Einfuhr freimachen wird. Viel wäre gewonnen, wenn Amerika und das neutrale Ausland entschieden die freihandelsmäßige Forderung der Entente für eine Belastung der deutschen Ausfuhr ablehnen würde.

Generaldirektor Kommerzienrat Wiefeler vom Nürnberg-Bund, Großkaufmannverband Deutscher Großgeschäfte für Glas-, Porzellan-, Steinzeug-, Fayence- und andere Waren, macht folgende Ausführungen: Die Glasindustrie wird wie früher auf der Messe vertreten sein. Das Angebot ist in gewissen Waren noch immer knapp. Die Nachfrage wird sich voraussichtlich nur für preiswertere Wirtschaftsgüter: stärker ähneln. In Bleikristall und reich geschliffenen Bohrgläsern dürften die Umverhältnisse mäßig, ja gering sein. Wenn auch die Nachfrage nach billigeren und guten Stapelwaren ziemlich lebhaft sein wird, so läßt sich doch feststellen, daß der Handel wieder dazu übergegangen ist, nur nach seinem Bedarf zu kaufen. Die Zeiten, wo man ins Blaue hinein bestellt hat, nur um etwas Ware zu bekommen, sind vorbei. Das Bedürfnis, billige Ware zu erhalten, zeigt sich vor allen Dingen in dem Aufschwung der Porzellanindustrie. Steinzeug wird sehr begehrt sein, da es in manchen Gegenständen im Preis doch erheblich billiger ist, als Porzellan. Leider ist die Erzeugung nicht in der Lage, den vorhandenen Bedarf zu befriedigen. Auch hier ist ein Preisrückgang unter allen Umständen erforderlich, wenn mit einem lebhaften Geschäft gerechnet werden soll. In Haus- und Küchengeräten ist das Angebot zum Teil schon größer als die Nachfrage. In reinen Luxuswaren (Silber und Schmuck, Marmor, Bronzen usw. sowie kunstgewerbliche Erzeugnisse) werden die Umsätze nicht besonders bedeutend sein. Das Angebot von Seiten der ausstellenden Industrie ist zu groß, die Preise zu hoch, die Kaufkraft des Volkes zu gering. Sind die in Frage kommenden Kreise zu klein geworden. In Lederwaren haben die meisten Händler noch die Lager voll und werden ziemlich zurückhaltend sein. In Galanteriewaren ist ein lebhaftes Bedürfnis nach billigeren Waren vorhanden, das zum Teil zu weit geht, daß man wieder zu Ersatzstoffen greift.

Die Beleuchtungskörper-Fabrik Gebrüder

Walt her u. Hagen in Würzburg. Er spricht sich näher über Beleuchtungskörper aus: Obwohl wir wenig Hoffnungen auf die diesjährige Frühjahrsmesse haben, zumal wir während verschiedener Reisen in Deutschland die Erfahrung machen mußten, daß bei der Detailkundschaft absolut kein Bedarf vorhanden ist, da die Läger überfüllt sind, werden wir die Messe besuchen. Dies geschieht deshalb, um für event. Auslandsinteressen zur Stelle zu sein. Wir versprechen uns von der diesjährigen Messe nur einen minimalen Erfolg. In Deutschland wird wahrscheinlich erst dann wieder auf ein besseres Geschäft gerechnet werden können, wenn die Bau-tätigkeit einsetzt.

Die Ausichten der Lederindustrie

werden von Max Rahn in München-Sending (Fabrik für Lederwaren, Sport- und Reiseartikel), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sattler, zurechtgestellt: Auf billige Preise ist in der Lederwaren-, Sport- und Reiseartikelbranche nicht zu rechnen, da am 24. Januar sich die Lederwarenindustrie, der Not gehorchend, entschließen mußte, die Teuerungszulagen der Arbeitnehmer um 50-55 Prozent zu erhöhen. In München sind in den letzten Tagen sowohl von der Industrie als auch vom Handwerk wirklich hervorragende schöne Artikel auf den Markt gebracht worden. Die Leipziger Messe wird jedenfalls ihre alte Beliebtheit und Zugkraft wieder bewahren. Wenn keine Ausfuhrabgabe auf Lederwaren kommt, wird das Auslandsgeschäft ein sehr reges werden.

Die Schwermetalle, mit denen die Musikinstrumenten-Industrie

zu kämpfen hat, beleuchtet der Herausgeber der „Zeitschrift für Instrumentenbau“, Paul de Wit, in Leipzig wie folgt: Speziell in der Klavierindustrie gibt sich eine große Beteiligung kund wie nie zuvor. In der Musikinstrumenten- und Harmoniumbranche bleibt sich die Beteiligung gleich. Jedemfalls ist der Andrang der Klavierfabrikanten zur Messe ein nicht miszuverlesendes Zeichen für die gegenwärtige Notlage, denn die ist in keiner Zeit so drückend geworden als wie jetzt. Der Absatz im Inlande ist vollständig, ein Weihnachtsgeschäft hat dieses Jahr so gut wie gar nicht stattgefunden. Es ist die herrschende Luxussteuer von 15 Prozent und überdies noch die besondere Steuer, die fast jede Stadt und selbst das kleinste Dorf eingeführt haben, die das Geschäft unterbindet. Wer soll denn unter solchen Umständen noch ein Klavier kaufen, zumal wo das billigste Instrument nicht unter 7000 Mk. zu haben ist? Für den Absatz im Ausland kommen vorerst nur die neutralen Staaten in Betracht, also die Schweiz, Holland, Norwegen, und Skandinavien. Der Absatz nach den anderen Ländern ist zum Teil noch verboten, zum Teil noch so unbedeutend, daß nur hier und da von einem Klaviergeschäft gesprochen werden kann. So wenig man sich auch von der Leipziger Frühjahrsmesse verspricht, und dies mit vollem Recht, da die Absatzkrise jetzt die ganze Welt ergriffen hat, so will doch jeder versuchen, ob er nicht doch Geschäfte machen kann. Was wir hier von den Klavierfabrikanten hören, gilt in gleicher Weise von den Harmoniumfabrikanten. Wer keine Enttäuschungen erleben will, der schraube seine Hoffnungen auf den Exportiermarkt herab, denn es ist gar nicht so einfach, wer da eigentlich kaufen soll. Im Inlande stehen alle Lager voll und das neutrale Ausland ist nicht minder vollgeproppelt von Instrumenten.

Wenn aber die Franzosen auf der 12prozentigen

Ausfuhrabgabe bestehen, ist die ganze Industrie vernichtet. Die Schweizer, Holland, Norwegen, und Skandinavien. Der Absatz nach den anderen Ländern ist zum Teil noch verboten, zum Teil noch so unbedeutend, daß nur hier und da von einem Klaviergeschäft gesprochen werden kann. So wenig man sich auch von der Leipziger Frühjahrsmesse verspricht, und dies mit vollem Recht, da die Absatzkrise jetzt die ganze Welt ergriffen hat, so will doch jeder versuchen, ob er nicht doch Geschäfte machen kann. Was wir hier von den Klavierfabrikanten hören, gilt in gleicher Weise von den Harmoniumfabrikanten. Wer keine Enttäuschungen erleben will, der schraube seine Hoffnungen auf den Exportiermarkt herab, denn es ist gar nicht so einfach, wer da eigentlich kaufen soll. Im Inlande stehen alle Lager voll und das neutrale Ausland ist nicht minder vollgeproppelt von Instrumenten.

Lahmeyer 210, Holzverkohlung 355, Maschinenfabr.

Badenia 265 1/2, Zuckerfabrik Waghäusel, Zuckerfabr. Frankenthal 355, Oesterr. Kreditbank 55, Mannesmann 560, ruhig.

Berliner Börse.

w. Berlin, 4. März. Die Börse war wegen der schicksalsschweren Londoner Entscheidung durchaus zurückhaltend, aber wie gestern nicht geneigt, den schlimmsten Befürchtungen Raum zu geben. Der Kursstand blieb daher im allgemeinen behauptet. Nach unbedeutenden Schwankungen ließen die Kursbewegungen Richtung nach oben erkennen. Insbesondere Oberschlesische Werte waren etwas gebessert. Hoesch stellten sich 12 Prozent, Goldschmidt 9 Prozent höher. Valutapapiere waren im Zusammenhang mit der Abschwächung der Devisen vorwiegend niedriger. 5proz. Mexikaner blühten 18 Proz. ein. Der Anlagemarkt war still. Deutsche Reichsanleihen gaben unbedeutend nach.

Messen.

Die Pflanzliche Warenbörse hält am 9. März einen Spezialtag für Schuhe und Leder ab.

Dom Wetter.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- u. lufttelegraphischer Meldungen. Beobachtungen vom Freitag 4. März 1921 8 Uhr morgens (C.E.).

Ort	W. in mm					
Damburg	759.1	3	SW	stark	Regen	1
Königsberg	764.6	0	SW	stark	bedeckt	0
Berlin	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Karlsruhe	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
München	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Köln	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Stuttgart	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Hamburg	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Frankfurt	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Dresden	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Leipzig	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Wien	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Paris	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
London	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Brüssel	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Amsterdam	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Antwerpen	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Lissabon	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
London	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Paris	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Brüssel	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Amsterdam	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Antwerpen	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0
Lissabon	764.7	0	SW	stark	bedeckt	0

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe

Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 4. März. Die Geschäftstätigkeit war nicht sehr umfangreich, da die unbestimmten Aussichten wegen des Ausfalls der Londoner Verhandlungen, eine starke Zurückhaltung der betreffenden Kreise herbeiführten. Immerhin zeigte sich auf verschiedenen Gebieten eine zunehmende Neigung zu Käufen, aber meist nur in geringen Beträgen, und andererseits fehlte es nicht an Abgabeneigung. Letztere machte sich aber nur in Valutapapieren bemerkbar, was auf die schwächere Haltung des Dollarkurses zurückzuführen war. Mexikaner verloren 10-15 Prozent. Schiffahrtsaktien waren weiterhin schwach. Nur wenige Montanpapiere hatten größere Umsätze zu verzeichnen. Fest lagen bei der Eröffnung Oberbedarf, Buderus, Deutsch-Luxemburg, Phoenix blieben gut behauptet. Chemische Werte stellten sich teilweise höher. Höchst und Bad. Anilin zeigten einige Befestigung. Scheideanstalt zu höheren Kursen gesucht. Elberfelder Farben hatten lebhafteres Geschäft (437), später abgeschwächt 432. Elektropapiere lagen sehr still, Lokomotivfabrik Krauss fest. Daimler blieben zum ersten Kurse 3 1/2 Prozent niedriger. Adlerwerke Kleyer 2 Prozent höher. Benz 322 gefragt. Mansfelder Kuxe 4525. Gegen die ersten amtlichen Kurse trat im Verlaufe nur wenig Veränderung hervor, Chemische Blei- und Silberhütte Braubach blieben angeboten. Deutsch-Übersee 950. Der Schluß der Börse war still. Privatdiskont 3 1/2 Proz.

Frankfurt a. M., 4. März. (Eigener Drahtbericht). Abendbörse.

Devisen: Antwerpen 464, Holland 2120, London 241, Paris 444, Schweiz 1030, Italien 227, New York 61 1/2. Tendenz: unentschieden.

Effekte: Deutsche Bank 291 1/2, Mitteld. Kreditbank 177 1/2, Oesterr. Länderbank 69, Aschaffenburg Zellstoff 503, Zement Heidelberg 244 1/2, Badische Anilin 497, Scheideanstalt 495, Höchst 406 1/2.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Berliner Kursnotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März	4. März	3. März
Deutsche Bank	310	308	Deutsche Bank	310	308
Commerzbank	290	288	Commerzbank	290	288
Dresdener Bank	270	268	Dresdener Bank	270	268
Frankfurter Bank	250	248	Frankfurter Bank	250	248
Leipziger Bank	230	228	Leipziger Bank	230	228
Münchener Bank	210	208	Münchener Bank	210	208
Nürnberg. Bank	190	188	Nürnberg. Bank	190	188
Stuttgarter Bank	170	168	Stuttgarter Bank	170	168
Wuppertaler Bank	150	148	Wuppertaler Bank	150	148
Bayr. Bank	130	128	Bayr. Bank	130	128
Bad. Bank	110	108	Bad. Bank	110	108
Hess. Bank	90	88	Hess. Bank	90	88
Lothring. Bank	70	68	Lothring. Bank	70	68
Sächs. Bank	50	48	Sächs. Bank	50	48
Schles. Bank	30	28	Schles. Bank	30	28
Westf. Bank	10	8	Westf. Bank	10	8

Devisennotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März	
Antwerpen-Brüssel	460.50	451.50	457.00	458.00
Holland	2100.40	2104.60	2145.30	2147.70
London	238.75	239.25	242.25	242.75
Paris	443.00	443.00	443.00	443.00
Schweiz	1023.40	1023.60	1041.40	1043.60
Spanien	850.10	851.90	859.10	860.90
Italien	227.25	227.75	229.75	230.25
Lissabon	1083.90	1086.10	1113.80	1119.20
Dänemark	1023.90	1023.10	1043.90	1043.10
Norwegen	1368.60	1371.40	1396.10	1398.90
Schweden	61.15	61.35	62.05	62.20
Helsingfors	13.10	13.14	13.43	13.52
New York	14.50	14.54	14.60	14.64
Wien (alt)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—

Devisennotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März	
Antwerpen-Brüssel	460.50	451.50	457.00	458.00
Holland	2100.40	2104.60	2145.30	2147.70
London	238.75	239.25	242.25	242.75
Paris	443.00	443.00	443.00	443.00
Schweiz	1023.40	1023.60	1041.40	1043.60
Spanien	850.10	851.90	859.10	860.90
Italien	227.25	227.75	229.75	230.25
Lissabon	1083.90	1086.10	1113.80	1119.20
Dänemark	1023.90	1023.10	1043.90	1043.10
Norwegen	1368.60	1371.40	1396.10	1398.90
Schweden	61.15	61.35	62.05	62.20
Helsingfors	13.10	13.14	13.43	13.52
New York	14.50	14.54	14.60	14.64
Wien (alt)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—

Frankfurter Kursnotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März		
Deutsche Bank	310	308	Deutsche Bank	310	308
Commerzbank	290	288	Commerzbank	290	288
Dresdener Bank	270	268	Dresdener Bank	270	268
Frankfurter Bank	250	248	Frankfurter Bank	250	248
Leipziger Bank	230	228	Leipziger Bank	230	228
Münchener Bank	210	208	Münchener Bank	210	208
Nürnberg. Bank	190	188	Nürnberg. Bank	190	188
Stuttgarter Bank	170	168	Stuttgarter Bank	170	168
Wuppertaler Bank	150	148	Wuppertaler Bank	150	148
Bayr. Bank	130	128	Bayr. Bank	130	128
Bad. Bank	110	108	Bad. Bank	110	108
Hess. Bank	90	88	Hess. Bank	90	88
Lothring. Bank	70	68	Lothring. Bank	70	68
Sächs. Bank	50	48	Sächs. Bank	50	48
Schles. Bank	30	28	Schles. Bank	30	28
Westf. Bank	10	8	Westf. Bank	10	8

Devisennotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März	
Antwerpen-Brüssel	460.50	451.50	457.00	458.00
Holland	2100.40	2104.60	2145.30	2147.70
London	238.75	239.25	242.25	242.75
Paris	443.00	443.00	443.00	443.00
Schweiz	1023.40	1023.60	1041.40	1043.60
Spanien	850.10	851.90	859.10	860.90
Italien	227.25	227.75	229.75	230.25
Lissabon	1083.90	1086.10	1113.80	1119.20
Dänemark	1023.90	1023.10	1043.90	1043.10
Norwegen	1368.60	1371.40	1396.10	1398.90
Schweden	61.15	61.35	62.05	62.20
Helsingfors	13.10	13.14	13.43	13.52
New York	14.50	14.54	14.60	14.64
Wien (alt)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—

Devisennotierungen:

4. März	3. März	4. März	3. März	
Antwerpen-Brüssel	460.50	451.50	457.00	458.00
Holland	2100.40	2104.60	2145.30	2147.70
London	238.75	239.25	242.25	242.75
Paris	443.00	443.00	443.00	443.00
Schweiz	1023.40	1023.60	1041.40	1043.60
Spanien	850.10	851.90	859.10	860.90
Italien	227.25	227.75	229.75	230.25
Lissabon	1083.90	1086.10	1113.80	1119.20
Dänemark	1023.90	1023.10	1043.90	1043.10
Norwegen	1368.60	1371.40	1396.10	1398.90
Schweden	61.15	61.35	62.05	62.20
Helsingfors	13.10	13.14	13.43	13.52
New York	14.50	14.54	14.60	14.64
Wien (alt)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—

Davisenkurse im Freivorkkehr.

4. März	3. März	4. März	3. März	
Antwerpen-Brüssel	460.50	451.50	457.00	458.00
Holland	2100.40	2104.60	2145.30	2147.70
London	238.75	239.25	242.25	242.75
Paris	443.00	443.00	443.00	443.00
Schweiz	1023.40	1023.60	1041.40	1043.60
Spanien	850.10	851.90	859.10	860.90
Italien	227.25	227.75	229.75	230.25
Lissabon	1083.90	1086.10	1113.80	1119.20
Dänemark	1023.90	1023.10	1043.90	1043.10
Norwegen	1368.60	1371.40	1396.10	1398.90
Schweden	61.15	61.35	62.05	62.20
Helsingfors	13.10	13.14	13.43	13.52
New York	14.50	14.54	14.60	14.64
Wien (alt)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	—	—	—	—
Bud				

Steigerungsankündigung.

Auf Antrag der Erben der Friedrich Schumacher... die Grundstücke der Gemarkung Karlsruhe-Rühlw...

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 7. bis 13. März 1921. Sauer: Roggenmehl 1000 Gramm gegen die Marke C. Preis 4 Mk. für ein Pfund...

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse ab Dienstag, den 8. bis Donnerstag, den 10. März d. J. in den Verkaufsstellen Nr. 64 bis einschließlich Nr. 66 an die dort eingetragene Kundschaft...

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Maria Wipfler Herrmann Mierke Verlobte Karlsruhe. März 1921. Hamburg.

Statt Karten.

Hertha Homburger Otto Nachmann Verlobte Zirkel 20 Kaiserstr. 188 Empfangstage Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. März.

Druckarbeiten

jeden Umsätze liefert in tadelloser Ausführung C. F. Maltersche Hofbuchhandl. m. b. H. Ferial 297 Ritt. rstr. 1

Liebe, Diplomatie und Holzhäuser.

Eine Balkanphantasie von einst von Elisabeth von Henting. Copyright 1919 by Cotta Nachfolger in Stuttgart und Berlin.

Hand- und Maschinen- Klöppel-Spitzen Stickerereien Reste und Coupons heute besonders billig. Paul Burchard Kaiserstraße 143.

Generalversammlung der Ein- u. Verkaufsgenossenschaft 'Grog' am Dienstag, den 15. März, abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus 'Zum Wein Ludwig'...

Deutscher Offizier-Bund Ortsgruppe Karlsruhe. Am Dienstag, den 8. März 1921, 7 1/2 abends, im Saal des 'Friedrichsbofs' (Karl-Friedrichstr.) öffentlicher Vortrag...

Das Bankhaus Veit L. Homburger Karlsruhe Tel. 35, 36, 308 4855 u. 4839 besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

ERSTKLASSIGES WEINRESTAURANT EXQUISITE KÜCHE SALON-ORCHESTER REELLE AUFMERKSAME BEDienung EXCELSIOR DIEBEXCELSIOR BAR KARLSRUHE 4/5 AUNSEER KAISSERSTR. 26

Wählen Sie O. S. = Pralinen sie sind die Besten Ein Versuch genügt Otto Schwarz Karlsruhe Karlsruferstr. 49 a Spezialfabrik feinsten Pralinen u. Bonbons

Colosseum-Restaurant Sonntag von 11-1 Uhr Fröhlich-Wagner-Konzert Frau Fritz Wagner Wwe.

Colosseum Das neue Varieté-Programm Sonntags 2 Vorstellungen, 4 und 8 Uhr.

Badisches Landestheater. Samstag, den 5. März, 6 1/2 bis geg. 10 Uhr. Judith. Heute 5. März, 7 1/2 Uhr Eintraut 5. Meister-Konzert Adolf BUSCH Violin-Solo-Abend...

Schloß-Kaffee mit eigener Konditorei und bürgerlich. Weinlokal Karl-Friedrichstraße 1 Fernspr. 2257 in nächster Nähe des Marktplatzes. Angenehmes und feinstes Familienkaffee am Platze. Täglich nachmittags von 4 Uhr ab Künstler-Konzert. Besitzer: Adam Vogt.

'Zum Rheingold' Waldhornstraße 22. Gut bürgerliches und solides Wein- u. Bier-Restaurant. Bekannt durch vorzügliche Weine und anerkannt gute Küche. Selbstgebackene Qualitätsweine. — Eigena Schlauchung Gutbesichtigtes gemutliches Lokal — Preis-Biere.

Friedrichshof Jeden Samstag- u. Sonntagabend Künstler-Konzert

Große Hundebörse im Gasthaus zum 'König v. Preußen' in Karlsruhe Adlerstraße 34. Jeden Sonntag ab 11 Uhr. Gelegenheit zum An- u. Verkauf von Hunden aller Rassen. Täglich abends 8 Uhr

Mirojedsch in seiner melodischen Stimme hinzu: 'Ja, wirklich, außerordentlich richtig beobachtet: ein Schwärmer — ein junger deutscher Schwärmer!' Als die Herren sich verabschiedet hatten und wieder in der Straße waren, sagte Holfst: 'So macht es in der ober collégus Mirojedsch immer: er wartet garnicht erst ab, ob man ihm das sagen wird, was er zu hören wünscht, sondern sagt es lieber gleich selbst und tut dann, als habe man es gesagt. Ich möchte darauf wetten, daß er jetzt einen Bericht nach Hause schreibt, in dem Ihre angeblichen Äußerungen über den Despoten all das enthalten werden, was er möchte, daß dort über diesen geglaubt werde.'

Verwicklungen führen, denn dann mühten zwei Damen sich in einen Nachmittag teilen, was beinahe einer Minderbewertung ihrer beiderseitigen Länder gleichkäme. So lernte denn Axel die sieben Göttinnen der Tage kennen und die geringeren Gottheiten, die sich bei ihnen verammelten. Es war ein kleiner Kreis, der sich alltäglich traf und der, wie es auch in größeren Städten und weiteren Kreisen zu weilen der Fall ist, sich schließlich wenig mehr zu sagen hatte. Das Ringpongspiel war bei diesen Zusammenkünften eine willkommene Verminderung der gesellschaftlichen Vergnügungsarbeit, denn man konnte dann schweigend zusehen, wie die Bälle über den grünen Tisch hin und her flogen, und fiel einer zu Boden, so war ein neuer viel rascher bei der Hand als ein frisches Gesprächsthema. Jetzt im Frühjahr aber wartete man nur darauf, daß nach der langen Schnee- und Regengzeit der allgemeine Tennisplatz in Ordnung gebracht würde; dann traf man sich draußen zu einer anderen Form des dem Hofrat Agatholles Troll so unverständlich erscheinenden Augespiels. Viele flingen auch schon an, von Erholungsreisen zu sprechen; wer Urlaub bekommen konnte, ging im Sommer fort. 'Seute ist Mrs. Pembertons Jour,' sagte Holfst zu Axel am Nachmittag des siebenten Tages. 'Und nachdem ich Sie in die europäischen Gesellschaften gebracht, dürfen wir das große Amerika nicht vernachlässigen. Es ist diejenige Gesellschaft, zu deren Jour ich ohnedies meistens gehe, obschon ich sonst kein Gesellschaftsmensch bin, aber ich muß Mr. Nicodemus Pemberton im Auge behalten wegen der Holzhäuserlieferung, um die er ja mit echt amerikanischer Strupellosigkeit kämpft.'

Als sie in den Flur der amerikanischen Gesandtschaft traten, hörten sie durch die geöffneten Türen des Speisezimmers schon das regelmäßige Klack-Klack der hölzernen Rakets, mit denen die leichten Ringpongschläger über den weit ausgezogenen Tisch hin und her geschlagen wurden. Die durch Sport der Konversation immer unruhiger werdende Jugend schlug auch heute wieder die Bälle und damit die Stunden tot. Ein paar Damen sahen zusehend an den Wänden. Diane war unter ihnen und hatte ihren Stuhl neben Madame Oki Abunai gerückt, die Frau des seit kurzem eingetroffenen japanischen Geschäftsträgers. Axel zog es zu Diane, und er versuchte, sich an sie heranzuschlingeln, aber vorerst ließ ihn seine Wirtin nicht los. Mrs. Pemberton war eine sehr schön gewesene Frau, die aber vom unterbrochenen Kampf, noch immer schön zu scheinen, ganz ermüdet aussah. Ihre Blicke glitten mit einem so sichtbaren Wohlgefallen über Axel, daß er es bemerken mußte; gleichzeitig aber nahm er wahr, daß Mrs. Pemberton, um ihn zu begrüßen, aus einem Kreis von Damen aufgesprungen war, die um den Empfangsalon herum saßen und zwischen denen die Konversation offenbar im Einklang mit dem Speisezimmer, bis daß eben jetzt Mrs. Pembertons kleiner Hund, der einem weißen Wuff gleich, in die Mitte des Kreises gesprungen war. Während er nun da und rollte erstaunt die großen schwarzen Augen von einer Dame zur anderen, denn sie alle beugten sich gleichzeitig zu ihm, erleichtert, ein neues Gesprächsthema gefunden zu haben. Die Wirtin nötigte Axel, sich in den Kreis zu setzen, und nun suchte er die Konversation aufrecht zu erhalten, die der kleine weiße Hund so glücklich in der Damen Runde angeregt hatte. (Fortsetzung folgt.)

